

# Der Steinarbeiter

## Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7563.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 32.

Sonnabend, den 8. August 1914.

18. Jahrgang.

### Inhalt.

An die Mitglieder der Gewerkschaften! — Der Krieg. — Arbeit und Kultur. I. — Wirtschaftliche Rundschau. — Der Streikbruch der Christlichen in Hagenberg vor Gericht bestätigt. — Jean Jaurès ermordet. — Verzicht des Internationalen Steinarbeitersekretariats für das 2. Quartal 1914. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Der Abschluß von Tarifverträgen ist eine Aufgabe der Innungen nach § 81a der G.D. — Familienunterstützung im Kriege. — Achtung, Krankenkassenmitglieder! — Rundschau. — Unwirksamer Arbeiterschlag. — Geschäftsbericht der Volksfürsorge. — An die Ortsverwaltungen! — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Versammlungskalender. — Briefkasten. — Anzeigen.

## An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Alle Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft, den Frieden aufrechtzuerhalten, den mörderischen Krieg zu bannen, sind vergeblich gewesen.

Der Krieg mit seinen Verwüstungen des wirtschaftlichen Lebens, mit seinen unermesslichen Opfern an Gut und Blut ist über die Kulturnationen hereingebrochen. Unzählige werden als Opfer auf den Schlachtfeldern bleiben. Schwer wird die Arbeiterschaft diese Last zu tragen haben, Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrung wird in nie gekanntem Umfang hereinbrechen.

In dieser ersten Stunde richtet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Auftrage der heute tagenden Konferenz der Vertreter der Vorstände den Appell an die Mitglieder der Gewerkschaften, ihrer Organisation treu zu bleiben, um die dringend notwendige Fortsetzung der Tätigkeit der Gewerkschaften zu sichern.

Die Gewerkschaften werden alle Mittel in den Dienst ihres Aufgabentretzes stellen. Aber dauernd können sie diese Verpflichtungen nur erfüllen, wenn diejenigen, die in Arbeit stehen, nach wie vor es als ihre Pflicht betrachten, durch die Beitragsleistung es zu ermöglichen, daß die Unterstützung an die Hilfsbedürftigen weitergezahlt werden. Die Gewerkschaften werden bestrebt sein, soweit es in ihren Kräften steht, die bitterste Not der Mitglieder und ihrer Angehörigen zu mildern.

Wir erwarten aber auch in dieser schicksalsschweren Stunde, daß nicht diese wirtschaftliche Schwächung der Arbeiterklasse ausgenützt wird, um die Löhne herabzudrücken und unwürdige Anforderungen an die Arbeiterschaft gestellt werden.

Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft zu ihren Organisationen steht und sie über eine Zeit der schwersten Prüfung lebensfähig erhält und die Solidarität der Arbeiterschaft sich in alter Treue bewährt.

Berlin, den 2. August 1914.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands!

## Der Krieg.

Nun ist der Krieg doch ausgebrochen, der furchtbare, der den Mann von der Seite der Frau, den Vater von seinen Kindern, den Sohn von den Eltern, die Brüder aus den Kreisen der Geschwister reißt und sie alle mit unheimlicher Gewalt einem ungewissen Schicksal entgegenführt. Gleich einem elektrischen Funken zündet die Meldung von der Mobilisierung der gesamten deutschen Heeres- und Marinekräfte. Es sind vielleicht 5, 6 oder sogar 7 Millionen deutscher Krieger, die ins Feld ziehen. Und welche Massen werden erst die andern Mächte einsehen?

Es ist nicht unsere Absicht, etwa tiefgründige Untersuchungen vorzunehmen, ob nun gerade alles so kommen mußte. Das wird später die Aufgabe der Politiker und Geschichtsschreiber sein. Der Krieg ist da und wir sind der Meinung, daß die regierenden Kreise in Deutschland sowie der Träger der kaiserlichen Krone sich intensiv bemüht haben, um den Krieg, der sich schnell zum ungeheueren Weltkrieg entwickelte, zu vermeiden. Wir bekämpften den Krieg an sich, wir bekämpften die Kriegstreiber hien und drüben. Und in der breiten Volksmassen selbst ist der Gedanke der Volksoberleitung schon sehr weit vorgezogen. Aber die durch Europa jagende Kriegsfurie hat wiederum alles in ideeller Hinsicht vernichtet. Das ganze Vorgehen der russischen Regierung ist hinterlistig und gemein und man kann nur lebhaft bedauern, daß unsere Junker den Zarentnechten bisher bei jeder Gelegenheit den Steigbügel gehalten haben. Als die russischen Arbeiter revoltierten, um politische Rechte zu erzwingen, da war es die rechtsstehende bürgerliche Presse Deutschlands, welche frohlockte, wenn die nach Freiheit strebenden Arbeiter zu Hunderten und Tausenden niederzartätscht wurden. Jene Presse frohlockte, wenn die russische Intelligenz nach Sibirien und den Gebirgsgebieten des Urals und Kaukasus verbannt wurde. Aber heute lesen wir in jenen Zeitungen die schärfsten Anklagen gegen den Zarismus, es wird ihm Niederträchtigkeit, Hinterlist, Wortbruch usw. vorgeworfen. Und wir sagen im Vorhinein, die russische Regierung hat in den

letzten Tagen so hinterlistig gehandelt, völlerrechtlich so gemein, wie es in der Weltgeschichte kaum einen zweiten Fall gibt. Die russischen „Ehrenmänner“ haben es faktisch fertiggebracht, die deutsche Regierung über ihre Friedensliebe zu täuschen.

Wie war denn stichwortartig der Verlauf der Dinge? Am 28. Juni wird in Serajewo (Bosnien) das österreichische Thronfolgerpaar ermordet. Wir verurteilen diesen Mord aufs allerstärkste. Die österreichische Regierung stellt Untersuchungen an, welche die unglaublichsten Dinge ergeben haben sollten. Es soll sich ergeben haben, daß in Belgrad, überhaupt in ganz Serbien Vereine bestanden, welche die Idee propagierten, die slawischen Provinzen von Oesterreich-Ungarn abzutrennen. Daß hinter diesen großserbischen Propagandisten die Russen standen, ist ohne weiteres glaubhaft. Nachdem die Serben Teile der Türkei einheimsten, strebten sie dem Ideal nach, ein Großserbien zu schaffen, natürlich mit Hilfe Rußlands. Ein Großserbien bedeutet natürlich für Oesterreich-Ungarn eine Aufstellung im richtigen Sinne des Wortes. Die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Reichsrates hat einen Aufruf erlassen, der folgende zutreffende Stellen enthält:

Auch wir Sozialdemokraten, die Vertreter des werktätig schaffenden Volkes, verschieben unser Auge nicht vor dem schweren Unrecht, das die serbischen Machthaber an Oesterreich begangen haben. Wie wir, aus untern prinzipiellen Anschauungen heraus, die schönsten Gewalttaten zurückweisen, die Mordtat von Serajewo verurteilen, so verurteilen wir auch alle die, die an ihr Mitschuld tragen. Wir erkennen an, daß Oesterreich-Ungarn im Rechte ist, wenn es von der serbischen Regierung die staatsrechtliche Verfolgung der Mitschuldigen begehrt; wir verstehen, daß Oesterreich-Ungarn von Serbien Bürgschaften verlangt, daß dem unierbischen Wähnen gegen die Sicherheit und Ruhe des österreichischen Staatenverbands Einhalt getan werde, daß mit der überhandnend Duldung, die die Machthaber in Serbien dieser Völkerverwundung entgegenbringen, gebrochen werde. Aber wir sind überzeugt, daß die serbische Regierung diesen Forderungen Oesterreich-Ungarns, die durch das Völkerecht sanktioniert sind, keinen Widerstand hätte entgegensetzen können, seinen Widerstand auch entgegengesetzt hätte.

Oesterreich sandte nun Serbien eine Verbalnote, die mit 48 Stunden befristet war. Die Note wurde nicht bedingungslos angenommen und so erklärte Oesterreich den Krieg. Gerüchten wollen wir nicht, daß mit den serbischen Zugeständnissen Oesterreich schon einen großen diplomatischen Erfolg errungen hätte. Das kann niemand leugnen. Ausdrücklich sei konstatiert, daß wir in Serbien nicht den friedliebenden Bruder entdecken können, für den er sich gibt. Wir müssen darauf schon verweisen, daß Serbien am liebsten die mazedonischen Bulgaren in Kusserbien mit Stumpf und Stil ausrösten will, daß es sicherlich in Albanien nicht anders verfahren würde. Womit wir ohne große Ausführungen zu machen sagen wollen, die Serben wollen zwar alle Südslawen unter ihr Zepher vereinen, aber die Nichtserben unter ihrer Herrschaft der Vernichtung preisgeben. Mazedonien ist ja dafür der schönste Beweis. Wir wollen auch nicht verhehlen, daß Oesterreich-Ungarn in wirtschaftspolitischen Hinsicht in „redlicher“ Weise alles getan hat, um Serbiens Landwirtschaft zu schädigen. Man braucht darüber bloß die Akten der Handelsvertragsverhandlungen nachzuschlagen.

Nach der Kriegserklärung an Serbien trat nun Rußland auf den Plan und fing mit der „Teilnobilisation“ an. Damit war die Zündschnur in das europäische Pulverfaß gelegt. — Daß Rußland einer Abrechnung mit Oesterreich zustrebte, war nun klar, denn es wollte Serbien unter keinen Umständen fallen lassen. Wir können die Beweggründe nicht anerkennen, daß Rußland, weil Oesterreich Serbien den Krieg erklärte, nun auch zum Kriege schreiten mußte. — Soweit darf man nun nicht gehen, daß man bei allen politischen Gelegenheiten den Willen des bespotteten Zaren in ganz Europa respektieren mußte. — Wir bedauern recht lebhaft, daß es vor einigen Jahren der revolutionären Arbeiterschaft nicht gelungen ist, den Zaren mit seinem Anhang stürzen zu können. (Es wäre Europa damals ein großer Dienst erwiesen worden, wenn man den Zaren mit seinen Kumpanen an irgendeinen idyllischen Ort als Privatleute geschickt hätte.)

Die Zarentnechte haben auch gegen Deutschland gerüstet, und zwar in der schleunigsten Weise. Nun, nachdem der Krieg entbrannt ist, nachdem Frankreich durch das unnatürliche Bündnis an der Seite Rußlands marschiert, da muß Deutschland alles aufbieten, um mit seinen Verbündeten die Gegner niederzuerwerfen.

Wir können nicht zugeben, daß Rußlands Infanterie auf dem Kontinent maßgebend werden soll. Zweifellos handelt es sich um ein so gewaltiges Ringen, wie es keinen Präzedenzfall in der Weltgeschichte gibt. Nachdem uns Rußland in so perfider Weise angegriffen hat, kann es nur eine Direktive geben: Nieder mit den Zarentnechten, nieder mit jenem absolutistischen Regime, das ganz Europa nach einem Siege beherrschen würde. Mehr wie einmal war es Bebel, der mit seiner glänzenden Beredbarkeit die ungeheuren Wirkungen eines Weltkrieges schilderte. Wir sehen nun, daß das „aufgeklärte“ Frankreich an die Seite Rußlands trat. Wir wissen, daß es auf der ganzen Welt in nationaler Weise kein so eifriges Volk gibt, als wie es die Franzosen sind. Und deshalb wird ja die Sozialdemokratie in Frankreich so gefällig von den bürgerlichen Gegnern bekämpft, weil sie eine innige Verständigung mit

Deutschland anstrebte. Der größte Friedensprediger Frankreichs, Jaurès, ist just an dem Tage einem Mordbuben zum Opfer gefallen, an dem Rußland, und nur Rußland, das Pulverfaß zur Explosion brachte.

In diesem Kriege, besser gesagt in diesen Kriegen, haben Oesterreich-Ungarn und Deutschland bei einer Niederlage alles zu verlieren. Darum müssen die letzten Kräfte angespannt werden, um der Gegnern eine eklatante Niederlage beizubringen. Mit Sentimentalitäten gegenüber dem Krieg ist es jetzt nicht mehr getan, sondern es muß alles unternommen werden, um den Sieg an unsere Fahnen zu heften. Denn wehe, wenn die russischen Horden siegen würden. Und des Kaisers letzte Rede war nicht schlecht pointiert, wenn er meinte, in dieser höchsten Stunde müssen alle Parteiunterschiede zurückgestellt werden. Das ist sehr zutreffend. Von 2 1/2 Millionen deutschen Gewerkschaftsangehörigen stehen mindestens 1 Million schon im Felde. Und diese unsere Mitglieder werden fürwahr nicht die schlechtesten Kämpfer sein.

Vom Steinarbeiterverband sind Tausend und abermals Tausend von Mitgliedern bereits ins Feld gezogen. Im Demiger Steinbruchgebiet wurden an die 500 Kollegen eingezogen, in Beucha-Brandis an die 400, in einem Vöbauer Betriebe mußten von 32 Arbeitern netto 30 unter die Fahnen eilen. — In den 370 übrigen Zahlstellen wird es nicht anders sein. Vom Hauptbureau wurde bis jetzt Kollege Christian Schmidt eingezogen.

Wäge man aber nach Beendigung des Krieges endlich einsehen, daß man einen so großen Teil des Volkes wesentlich beleidigt, wenn man sie als vaterlandslos hinstellt.

Unsere obersten Verbandsinstanzen haben schon beschlossen, alles zu tun, um die Not der ins Feld Gezogenen zu lindern. Wir werden auch hier wieder in der schnellsten Weise positive Arbeit leisten. Durch die Vermittlung der Gewerkschaften wird beispielsweise auch die Schar der Arbeitslosen nach den ländlichen Gebieten abgeleitet um die Ernte einbringen zu können. Mit einem Wort, die Gewerkschaften tun alles, was im Interesse des Landes und der Menschlichkeit geboten ist.

Deutschland steht gewaltigen Gegnern gegenüber. Sie sind uns überlegen an Zahl und wirtschaftlicher Stärke. Aber das Vertrauen haben wir zu unsern militärischen Instanzen, daß der gesamte Organismus tadellos funktionieren wird. Hunderttausende von Menschenleben werden vernichtet werden, nie zu ersetzende Werte gehen der Kultur verloren. Und als vor über 100 Jahren Emanuel Kant seine Betrachtungen über den ewigen Frieden schrieb, da setzte er als Epigramm:

„Jeder Irrtum hat seine Schule, sein Auditorium, Keiner kann so überflücht werden, als die Idee vom Kriege. Wahrlich, ein überflüchtetes Grab!“

Diese Worte haben heute noch ihre Geltung.

Nach Beendigung des Krieges wird die Landkarte Europas mächtig umgestaltet werden, dessen muß man sich klar sein. Unterliegt der Dreibund, dann adieu Oesterreich-Ungarn, welches soviel slawische Gebietsteile ausweist. Es würde aber auch eine Zerkleinerung Deutschlands eintreten. Sicherlich ist es das gesteckte Ziel der Slawen, den Einfluß des Germanentums ungeheuer zu schwächen. Wir wissen also, was auf dem Spiele steht.

## Die Kriegskredite auch von der Sozialdemokratie bewilligt.

Der Reichstag trat am 4. August zu einer Sitzung zusammen. Zur ersten Beratung stand zunächst der Gesetzentwurf eines Gesetzes betr. die Festsetzung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1914, wodurch der Reichszentraler ermächtigt wird, zur Begleichung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von fünf Milliarden Mark im Wege des Kredits

flüssig zu machen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird mit dieser ersten Beratung die erste Beratung sämtlicher übrigen vorliegenden Gesetzentwürfe unter allgemeinem Beifall des Hauses verbunden.

Hg. Haase (Soj.)

verliest darauf folgende Erklärung:

Wir stehen in einer schweren Schicksalsstunde, der Folge der imperialistischen Politik. Durch sie ist eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt worden, die Gegensätze zwischen den Völkern haben sich verschärft, und eine Sturmflut ist über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, wir lehnen sie ab.

Die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und hat noch bis in die letzte Stunde hinein mit machtvollem Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im Einvernehmen mit den französischen Brüdern, für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges, uns drohen die Schrecknisse einer feindlichen Invasion. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen worden sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am härtesten getroffen. Unsere heißen Wünsche beschränken sich auf den Frieden. Unsere Brüder ohne Unterschied der Partei.

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, den zu der Angst um ihre Lieben die Sorge um den Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald schmerzliche verwundete und verblutete Kämpfer stellen.

Denn allen beizuhelfen, ihnen ihr Schicksal zu erleichtern, diese unerträgliche Not zu lindern, crachten wir als zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes besetzt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwenden, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der internationalen Bewegung der Völker, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbstständigkeit jederseits anerkannt hat. Wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets vertretene internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.

Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsklenden in neuen Millionen den Wächern vor dem Krieg wehen und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerefriedens gewinnen wird.

### Von diesen Grundfragen geleitet, bewilligen wir die Kredite.

Die Erklärung des Genossen Hasse wurde wiederholt von Beifall und Handklatschen, nicht nur von der Fraktion, für die er sprach, sondern auch von den übrigen Parteien, vom Bundesrat und den Tribunen unterbrochen.

Die kriegerische Welle verdrängt sich nun immer mehr. Nach der deutsche Armee in Belgien einmarschiert sind, erklärte England an Deutschland den Krieg. Die Begründung ist etwa: Wenn die Selbstständigkeit Belgiens bedroht ist, dann ist die Existenz Hollands ebenfalls gefährdet und England in seiner Weltstellung völlig untergraben. Es wird also der Krieg darüber die Entscheidung bringen, wer zukünftig in Westeuropa tonangebend sein wird. Die politische Landkarte wird in Europa völlig umgekehrt werden, die Kolonialreiche in Afrika kommen ins Wanken, in Asien wird manche gewaltige Interessensverschiebung vor sich gehen. — Das sind keine bloßen Kombinationen, sondern die Wahrscheinlichkeit, welche liegt, wird dem unterliegenden Teil die Bedingungen diktiert.

Die Sozialdemokratie hat die Kriegskredite bewilligt; so, nun können die Gegner der Partei auf die „vaterlandlosen Gesellen“ weiterhampeln.

## Arbeit und Kultur.

I.

Die Beschäftigung, der sich heute die meisten Menschen hingeben, ist Lohnarbeit. Nicht immer war dies so. Mit dem Aufstieg der Menschen zu höherer Kultur wurde ihre Lebensweise komplizierter, ihre Betätigung vielseitiger, die Aenderung der Eigentumsverhältnisse hat gleichzeitig die Stellung des Menschen zur Arbeit und dieser einen andern Charakter gegeben. Zuerst bestand die Arbeit jedenfalls nur in einem Sorgen für sich selbst; die unmittelbare Nahrungsbeschaffung, das Suchen nach Genießbarem, die Verteidigung des Fiskus war die erste Arbeit. Eine weitere Stufe bildet die Zubereitung der Nahrung und eine spätere besteht in der Anlegung von Ertragsgegenständen durch Aussaat von Samen und durch Züchtung und Zucht von Tieren; Beschaffung und Anfertigung von Kleidung ist mit zur ersten Arbeit zu rechnen. Auf den höheren Stufen hat dann die Arbeit aufgehört, nur ihrem Ausüben allein zu dienen, sie gilt nun schon einem größeren Kreis, wird gemeinsam ausgeübt; die Ergebnisse sind so auch Mit Eigentum aller dazwischen, die sie hervorbringen helfen. Der Einzelne hat keinen Grund, ein großes Stück Boden anzuzüchten, Samen auszustreuen, Herden von Schafen, Ziegen oder Rindern zusammenzubehalten, zu pflegen und zu überdachen. Erst mußte das Bedürfnis dafür vorhanden sein, dann ergab sich das Gemeinliche der Arbeit und ihres Ertrages von selbst.

Im Wandel der Zeiten bildeten sich neue Eigentumsverhältnisse. Die Schicklichkeit ist dem Anspruch auf Grund und Boden, aber das waren zunächst nur Rechte des Stammes, der Sippe und schließlich der Familie. Jeder hatte seine bestimmte Zugehörigkeit und damit auch seine bestimmten Pflichten am Eigentum, aber auch die Pflicht zur Arbeit. So blieb es jedoch nicht immer. Stämme und Völkernschaften begannen gegen einander, es kam zur Unterjochung und Fortnahme von Eigentum. Der Krieg wurde eine besondere Art von Beschäftigung; die Kaste der Krieger war es, die Werte nicht durch Arbeit schuf, sondern Eigentum durch gewalttätige Fortnahme vermehrte. Erst einmal mehr in seinen Besitz gebracht, als durch eigene Arbeit hervorbringen möglich war, konnte man andre für sich arbeiten lassen. Die Unterjochung anderer Völker oder Stämme, ihres Eigentums beraubt, in fremde Gegenden verschleppt, mußten dem Eroberer Sklavensklaven im Kriege und bei der Arbeit. Erst opferte man die Unterlegenen dankbar den Göttern, schließlich wurde es aber doch für Sklavensklaven gehalten, ihnen das Leben zu lassen und so zu Arbeitsklaven zu machen. Der Sklave wurde um so begabter, als der Privatbesitz zunahm, er ist gleichzeitig Wirt und Geld, er ist Lohnmittel.

In Europa wurde die Sklaverei durch die Härte abgelehnt, nachdem lange vorher schon neben ihr freie Arbeit bestanden hatte. Es waren freigelegene Sklavensklaven, die von die in ihrem früheren Verhältnis erlernten Rüste zum Sklavensklaven machten. Der Aneignung von Boden und sonstigen Arbeitsmitteln steht gegenüber die Verarmung. Neue Schichten bildeten sich aus dem Luxusleben der Reichen,

die nun ihr wirtschaftliches Uebergewicht anwenden, die Besitzlosen und Minderbesitzenden zu Dienstleistungen und Abgaben zu zwingen. Längst ist die Genossenschaft der Sippe aufgelöst und an ihre Stelle die Einzelfamilie getreten. Das Verwandtschaftsbündnis hat soziale Funktionen nur in der aus Mann, Weib und direkter Nachkommenschaft gebildeten Familie, zu Brüdern und Schwestern, von Vater und Mutter werden nur noch Beziehungen infolge der Blutsverwandtschaft unterhalten, ein wirtschaftlicher Zusammenhang besteht nicht mehr. In der Einzelfamilie wird aber noch für die Befriedigung der Bedürfnisse produziert. Je nach dem Besitzverhältnis werden fremde Arbeitskräfte, Knechte und Mägde für den Acker, Wald und zur Verrichtung häuslicher Arbeiten mit herangezogen. Zu diesen Arbeiten gehörten noch das Spinnen, Weben, Schneidern, Gerben, Brauen, Baden und vieles andre, wofür heutzutage große Fabriken und Industrien bestehen.

Seinen Beginn nahm das freie Gewerbe nach der Auflösung der Sippegenossenschaft. Es mußte ein Ueberfluß von bestimmten Gegenständen in der Gemeinschaft herzustellen und ein Bedürfnis nach solchen eingetretten sein, die man im Kreise der Sippe nicht aus irgendwelchen Gründen herzustellen vermochte. So kam es zum Austausch, dem ersten „Aufenhandel“. Dieser Aufenhandel hatte bei den engen sozialen Grenzen der Sippschaftlichen Phase keine weiten Wege zurückzulegen, er erstreckte sich nicht weiter als wie von Lagerplatz zu Lagerplatz; wer außerhalb des Stammes stand, galt nicht nur als Fremdling, sondern sehr oft als Feind.

Die Verdrängung der Stämme, die rasche Zunahme der überflüssig gewordenen Bevölkerung bedurfte zum Schutze ihrer Niederlassung des besonderen Schutzes. Alle Wohnstätten boten Schutz vor den Unbilden des Wetters; in ihrer Reiheneinanderhäufung waren sie durch Einfriedungen, Gräben, Wälle und Mauern gegen feindlich gesinnte Eindringlinge verwahrt. Dorthin konnten sich, wenn Gefahr in Sicht war, die Insassen aus den verstreut liegenden ungehüteten Niederlassungen flüchten. Es entstanden die Städte und damit das fröhliche Aufkommen der freien Gewerbe.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Schwere Wirtschaftserschütterungen.

Die abnorme politische Spannung und Unruhe, die nunmehr seit Jahren das gesamte Erwerbsleben Europas in unerträglicher Weise belastet und in fast regelmäßiger Wiederkehr zu den schwersten Wirtschaftserschütterungen führt, hat mit dem österreichisch-serbischen Konflikt wieder einmal einen Höhepunkt erreicht. Diesmal allerdings gleich bis zu ungeahnten Folgen.

Am Sonnabend, den 25. Juli, ließ die zweitägige Antwortfrist für Serbien ab, also gerade in bedenklicher Nähe der gefährlichen Ultimoterklärung. Am Montag mußte man in Wien bereits annehmen, daß die Effektenbörse zunächst auf drei Tage geschlossen werde; die Börsen von Budapest, Triest und Prag folgten sofort; nur die österreichisch-ungarischen Getreidebörsen funktionierten weiter. Die Wiener und die Prager Börsen wurden die damit zusammenhängenden Geschäftsabwicklungen wurden entsprechend verlangsamt; das Ganze war schon eine Art Moratorium (Zahlungsstundung) vor dem Kriege. Bei den Wiener Banken fanden selbst während des Sonntags langdauernde Sitzungen statt, um über das zweckmäßigste Verfahren gegenüber den Börsenverpflichtungen des Publikums zu beraten. Die schwedischen Hauptbörsen Zürich und Basel blieben am Montag geschlossen. Die Brüsseler Börsenkommission entschloß sich zu dem gleichen Schritt. Bereits am 25. Juli hatte es Paris zum erstenmal erlebt, daß der von verängstigten Verkäufern überfüllte Markt für die französische Rente gesperrt werden mußte; zwischen dem 18. und 25. Juli war die dreiprozentige französische Rente zurückgegangen von 92,97 und 78, also um 4,07 Proz., die neue 3/2prozentige von 91,67 auf 86,15, also um 5,52 Proz. Die Rente (der Markt hauptsächlich für die kleineren und weniger gangbaren, nicht im offiziellen Kursblatt notierten Papiere) hörte sehr bald auf zu funktionieren; nur das Parquet setzte seine Tätigkeit fort.

In Berlin kam es zu einem ähnlichen letzten Schritte bisher nicht. Offenbar ließ man sich dabei, nicht ohne Fühlungnahme mit der Regierung, von der Absicht leiten, nach außen hin jede innere Schwäche, so gut es ging, zu verbergen, um der politischen Haltung Deutschlands möglichst Nachdruck zu verleihen. Aber trotz alledem Deutschlands und Einzelne der großen Banken konnte man naturgemäß dem schweren Kurssturz nicht wehren; man konnte nur neuen Zündstoff nach Kräften fernhalten. So beschloß der Börsenvorstand in seiner Montagssitzung, um unnötigen Reueentscheidungen möglichst vorzubeugen, von der Vorsicht, bei voranschreitender Kursermüdigung an den Tafeln durch Minuszeichen Kenntnis zu geben, für den Verlauf dieser Woche abzusehen. Da sich nach den Kursnotizen auch die Nachrechnungen der Spekulanten an die, die Wertpapiere beleihenden Banken regeln, so verständete man am Montag vormittag nach einer Versammlung der Banken, daß man den Abrechnungen die früheren, noch unangefasteten Kurse zugrunde zu legen gedenke. Die ungewöhnliche Kundgebung lautete wörtlich:

In einer heute hier abgehaltenen Versammlung haben die maßgebenden Berliner Banken und Bankfirmen beschlossen:

1. Für hiesigen Börsenfirmen gewährte Vorkaufe begünstigen sich die Geldgeber mit der vereinbarten Ueberbedingung auf Grund der Kassakurse vom 25. Juli und für Ultimopapiere auf Grund der ersten notierten Kurse vom gleichen Tage.
2. Nur das Privatpublikum vor dem Verschleudern seines Effektenbesitzes zu bewahren, wird bis auf weiteres von der Einforderung von Zuschüssen der Kundhaft gegenüber solange abgesehen, als der Kurswert der bevorstehenden Wertpapiere die dagegen bewilligten Vorkaufe nicht übersteuert.

Das Kennen nach weiterem Bargeld und die schleuderten Notverkäufe von Wertpapieren sollten dadurch abgeschwächt werden. Aber trotzdem, welche Verheerungen in den Kursen! Da gerade die absehenden Liquidationsnotierungen veröffentlicht werden, so nehmen wir sie an Stelle der schwankenden Tagesbörsergebnisse, auf Grundlage des Vergleichs. Nach den Liquidationskursen, Juli gegen Juni gerechnet, verloren an der Berliner Börse: von den Schiffsaktien die Hamburg-Amerikanische 14 (Kurskurs 126 gegen Juli 112), Norddeutscher Lloyd 17 (110 gegen 93), Hamburg-Südamerikaner fast 27 (155,75 gegen 129), Hansa 26 (258 gegen 227), Deutsch-Australien 17 (170 gegen 155) — von den bestensten Konstantinopel Nummer 19,50 (220,50 gegen 205), Konsolidation 20 (319 gegen 200), Deutsch-Österreichischer 21 (129,25 gegen 107,25), Berliner 17,50 (182,50 gegen 165), Garperner 18,25 (177,25 gegen 150), Kattowitzer 19,50 (211,25 gegen 181,75), Laurahütte 14,50 (127,75 gegen 123,25), Phönix 24,25 (228,25 gegen 214), Rheinische Stahlwerke 17,75 (155,75 gegen 139), Rombacher Hütte 24,50 (153,50 gegen 129) — selbst von Elektrizitätswerten die arde C. & G. 19,50 (240,50 gegen 221), Siemens u. Halske 16,50 (211,50 gegen 195), Schuckert 20,75 (143,25 gegen 122,50) — von unsern glückvermeintlichen Großbanken die Deutsche Bank 12,50 (235,50 gegen 223), die Diskontogesellschaft 7,75 (183,25 gegen 175,50), die Preussener Bank 5,50 (148,50 gegen 141), die Darmstädter Bank 4,75 (115,75 gegen 111), die Berliner Handelsgesellschaft 7 (149,50 gegen 142,50) — von Groß- und Kleinbahnen die Sächsisch-Bayern 20 Prozent (170,50 gegen 110,50), die Berliner Hochbahn 6 (131 gegen 125), die Große Berliner Straßenbahn 11,25 (147 gegen 135,75).

Dabei vergesse man nicht, daß die vorangehende Zeit schon lange dem Kurssturz im Allgemeinen überaus ungünstig gewesen war. Eine Menge Notierungen sind ganz und gar vom Kursstapel verschwunden, weil den Anbietenden gar keine Abnehmer gegenüberstehen würden.

### Börsenschlüssen in Oesterreich und im Ausland.

Weit über diese Berliner und deutschen Erfahrungen hinaus gingen erklärlicherweise die Kursverheerungen in den nächstbeteiligten Ländern, also in erster Linie in Oesterreich-Ungarn, in zweiter Linie in Rußland. Die Wiener Börse war bereits seit dem 28. Juni, dem Tage des Serajewer Attentats schwer erschüttert. Am 10. Juli hatten, um nur ein paar der bekanntesten Papiere anzuführen, gegen den 27. Juni bereits eingebüßt: die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft (10. Juli 1058 Kronen) 75 Kronen, die Alpine Montangesellschaft (772,25) 22,25, die Polbhütte (374) 81, die Prager Eisenindustrie (2488) 27, die Waffenfabrik (800) 72, Salgo Kohlen (840) 35, die Orientbahnen (820) 74, die Buschtirader Bahn (1955) 115, die Staatsbahn (657,25) 30. Wegen des Börsenschlusses und wegen des Ausbleibens einer offiziellen Kurantierung sind die jüngsten Verheerungen noch gar nicht zu überschauen. Allein an dem entscheidenden Sonnabend 25. Juli, verloren, gegen den Vortag, nochmals: Orientbahn 22 Staatsbahn 9, Ungarische allgemeine Kreditbank 7, Unionbank 7, Prager Eisenindustrie 17.

### Kursverluste, Börsen- und Bankmaßnahmen.

Für Petersburg und Rußland wurde hier vor kurzem die eingetragene gefürchtete Kreditüberpannung geschildert. Kein Wunder, daß man vor allem das Schicksal der Banken sehr schmerzhaft ansah. Die Werte der Petersburger Internationalen Handelsbank, als Spezialisationspapier einst auch in Berlin sehr beliebt, stürzten in einer Woge von 171 auf 131 Proz., die Aktien der Russischen Bank für auswärtigen Handel von 155 auf 119 Proz., und selbst für die russischen Staatsanleihen war eine Entwertung um 6 Proz. nicht auszuhalten. Noch bedenklicher war das abermalige Sinken der russischen Wäule (der russischen Währung im Verhältnis zu den Auslandsgeldwährungen); neben so vielen anderen kritischen Vorgängen hielten diese Erscheinungen der wirtschaftlichen Schwäche die russischen Regierungskreise wohl am meisten von unübersichtbaren Mementos zurück.

### Depositen- und Sparkassen.

Bis in welche Tiefen jedoch die Bevölkerung aufgewühlt wurde, lehrt der „Kun“ (Kunst) auf die Depositionskassen der Banken und auf die kommunalen Sparkassen, obwohl letzteren nicht die geringste Gefahr droht. Der Berliner Magistrat wandte sich deshalb am Montag, 27. Juli, ausdrücklich beschwichtigend an die Bevölkerung: „Anfolge der alarmierenden Nachrichten hat nicht nur eine starke Beunruhigung der Börse stattgefunden, sondern auch bei solchen Gelegenheiten übliche Künste auf die städtische Sparkasse begonnen. Den Sparern wurden die von ihnen verlangten Beträge zurückgegeben; auch größere Beträge, die nach den Bestimmungen der Statuten erst nach angemessener Frist hätten gefälligst werden müssen, konnten ausnahmslos ausgezahlt werden. Bei den großen städtischen Mitteln der städtischen Sparkasse liegt Grund zu Besorgnissen überhaupt nicht vor.“ Der Magistrat ersuchte in einem Kundschreiben seine sämtlichen Zweigorganisationen und angeschlossenen Verbände, in den Kreisen von Gewerbe, Handel und Industrie darauf hinzuwirken, daß die Sachlage mit derjenigen Ruhe und Besonnenheit betrachtet werden möge, welche mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und militärische Bereitschaft Deutschlands auch bei Eintreten schwerer Ereignisse am Platze sei. Die Zeitung des Parlaments macht insbesondere darauf aufmerksam, daß die unnötige Abhebung von Depositen- und Sparkassengeldern die Lage nur verschärfen würde.

Lange kann sich ein solcher Zustand nicht hinziehen. Er muß notwendigerweise in einem Nachlassen der Spannung oder in einer gewaltigen Entschleunigung, in einem Wogen oder Brechen, enden.

Nachdruck. Am 29. Juli hat auch die Berliner Börse die Notierung von Terminkursen in Wertpapieren eingestellt, offenbar in erster Linie, weil das Ausland den noch offenen Markt massenhaft zur Abholung von Effekten benutzte. — Zugleich wird eine deutliche Diskonterhöhung von 4 auf 5 Proz. als wahrscheinlich angeblieben. Berlin, im August 1914. Max Schippe.

## Der Streikbruch der Christlichen in Hagenberg vor Gericht bestätigt.

Am 25. Juli hatte sich der Kollege Weniger von Metten wegen Verletzung des christlichen Sekretärs Lehner vor dem Amtsgericht Deggendorf zu verantworten. Der Sachverhalt war folgender: Am Sonntag, den 19. April 1914, lag W. in der Klosterkirche in Metten. Unter den anwesenden Kollegen herrschte allgemeine Erregung, weil sie einige Tage vorher erfahren hatten, daß Lehner an die christlich organisierten Arbeiter hier bezahlt hatte und in Hagenberg man der Ansicht war, daß dies ein Mittel zum Zweck war, diese Kollegen zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. W. ging an den Tisch der zwei Ausschussmitglieder der drei Mann starken christlichen Zahlstelle Metten und sagte zu diesen: „Sagt ihr schon gehört, in Hagenberg arbeiten eure Kollegen, weil sie von Lehner ein Fach hier erhalten haben.“ Der christliche Vorstand Gruber, der seit Jahren nicht mehr als Stimmzettel arbeitet, antwortete darauf: „Das müßte aber schon ein großes Fach gewesen sein, vielleicht ein Heffolter. Ich werde dies Lehner mitteilen, um einmal zu sehen, ob deine Angaben auf Wahrheit beruhen“, was denn auch geschah. Lehner forderte nun W. auf, durch einen eingeschriebenen Brief diese Befehlsgebung in aller Form zurückzunehmen.

Dieser Aufforderung kam W. nicht nach, worauf die Klage erfolgte. Bei der Verhandlung war Lehner mit seinen Zeugen Joseph Gruber und Mich. Rufner, vertreten durch den Rechtsanwalt Eber, einerseits, und der Beklagte, mit den Zeugen Kommerzienrat Johann Kerber, Granitmerzbauer in Bilsberg, und dem Kollegen Franz Schwarzmüller, vertreten durch den Rechtsanwalt Mich. andererseits, anwesend. Ein vom Vorsitzenden angestellter Vergleich wurde von W. abgelehnt, weil es außerordentlich viel daran gelegen war, von dem Zeugen Kerber, der zugleich Vorsitzender des Verbands der Granitindustriellen ist, zu erfahren, ob dieser Verband mit Lehner wirklich am 1. April 1914 einen Tarif abgeschlossen hat. In Nr. 240 der Donauzeitung stand nämlich unter Verdruck: „Die christlich organisierten Arbeiter in Hagenberg nahmen nach Abschluß eines Tarifs am 1. April die Arbeit sofort wieder auf.“ Rechtsanwalt Eber wollte diese Aussage des Zeugen Kerber unter folgender Begründung verhindern: „Das ist eine Schwärzerei der Gegenpartei, diese wollen sich nicht die Befehlsgebung des Lehners bestreiten lassen, sondern eine politische Aktion daraus machen; der Angeklagte W. und die hinter ihm stehen wissen nicht und wollen nur etwas erfahren.“ Der Gerichtsbeschluss lautete aber, den Zeugen Kerber zu vernehmen, was zu sehr interessanten Aufklärungen führte.

Herr Kerber machte unter Eid folgende Aussagen: „Nachdem am 1. April die Arbeit allgemein eingestellt war, kam der Gewerkschaftsführer Lehner zu mir nach Bilsberg ins Bureau und meinte, ob es denn nicht möglich sei, die Aufhebung in Hagenberg zu vermeiden. Ich antwortete ihm, daß ich da allein nichts machen könnte und erst mit Herrn Anadeter in Hagenberg sprechen müßte. Als dieser dann am Telefon seine Zusage machte, wurde für mich mittag eine Verhandlung mit Herrn Lehner in Hagenberg bestimmt. Dort wurde mündlich vereinbart, daß 5 Prozent Zuschlag zu den gangbaren Arbeiten (Monumenten) bezahlt werden soll, und wurde auch in Aussicht gestellt, daß die Preise des Gießers und Glasermeisters nach der Aufhebung erhöht werden sollen. Daraufhin kam dann Lehner die Erklärung ab, daß es keinen Zweifel geben könne, daß dies die Arbeiter annehmen und die Arbeit gleich wieder aufgenommen wird. Ich habe in Hagenberg nur christliche Arbeiter, Anadeter hatte höchstens vier bis fünf Mann frei organisierte Arbeiter; hätte ich auch freie Arbeiter gehabt, hätte für mich keine Veranlassung bestanden, diesen nicht die gleichen Zusage zu machen.“

Die Vernehmung des Kollegen Schwarzmaier wurde durch Gerichtsbeschluss leider abgelehnt, was um so mehr bedauerlich ist, als gerade dieser Zeuge unter Eid hätte erhört werden können, wie die christlichen Arbeitervertreter in Passau ihren Führer einschätzten und wie dadurch der Bestreben der Arbeiter gelangte, dass bei der ganzen Geschichte besondere Umstände mitgewirkt haben müssen, die Dauenerberger Arbeiter zur Ausübung der Arbeit zu bewegen. Als nämlich Redner bei den Verhandlungen in Dauenberg durchblicken ließ, auf der Grundlage der Unternehmensvorlage verhandeln zu wollen, erklärte seine eigenen Vertreter zu den untern: „Des gibts net, was verfehlt denn der Kaiser von unserm Tarif, des ist ja bloß a Saker, dem müchten ja wir erst aufpassen.“

Nach den Absätzen der beiden Vertreter der Massparteien wurde hierauf folgendes Urteil erlassen: „Der Angeklagte B. wird zu 30 Wk. Geldstrafe eventuell 6 Tagen Haft und den sämtlichen Kosten verurteilt.“ Außerdem ist das Urteil längstens einen Monat nach Inkraftsetzung im „Steinarbeiter“ und in der christlichen „Arbeiterzeitung“ zu publizieren. Mit dem Ausgang können wir mehr als zufrieden sein, denn die moralische Beurteilung des großen Führers weicht das obere Urteil nochmal auf.

Für uns steht nun fest: Das der Artikelverreiber in der „Donnerzeitung“ in Nr. 240 die Unwahrheit schrieb, daß kein Tarif abgeschlossen war, als die christlichen Arbeiter in Dauenberg die Arbeit aufnahmen; daß teils sogar nur Erhöhungen in Aussicht gestellt waren; daß Redner, um für die Keramiker die Streikloken zu vermindern, die christlichen Arbeiter in die Keramiker in Ketten und Eisenketten im Stich gelassen hat, und mit seiner Gruppe zwei Unternehmern hilfreich beigeprungen ist, während die übrigen Unternehmern dadurch geschädigt wurden. Keinerlei Kompromittierend für Redner war, daß nun in die Öffentlichkeit drang, daß er nach der geschätzten Verhandlung nach Hildberg zu Herrn Kommerzienrat Kerber fuhr, womöglich sogar ohne Begleitung, und sich dort angeboten hat, bei Angelegenheiten für einen Teil der Arbeiter dem andern in den Rücken zu fallen. Ein Urteil über ein solches Gebaren eines Gewerkschaftsführers überlassen wir den Arbeitern selbst und ihren Vertretern.

Unsere Mitglieder haben den Kampf glänzend durchgeführt. Dadurch ist das Tarifwerk gesichert worden. Würde es so Mode werden, wie es in Dauenberg durch die Christlichen geschah, dann würden in der Steinindustrie bald keine Tarife mehr bestehen.

## Jean Jaurès ermordet.

Der große Friedensfreund Jean Jaurès wurde am 1. August in Paris ermordet. Jaurès ist tot — der Weltkrieg ist da! Hat jemals die Weltgeschichte einbringlichere Lehre erteilt? Der Krieg hat Jaurès ermordet, ob er wird noch viele leben — aber wie richtig hat er sich dieses sein erstes Ziel gewährt. Um die Parolen zu entstellen, mußte dieser größte Apostel des Friedensgedankens sterben. In einer Welt, durch die der Bruder mordet, raft, war für ihn kein Platz mehr. Als Mörder kommt ein Wächter Schreiber Namens Sullain in Betracht.

Jean Jaurès hat nur ein Alter von 55 Jahren erreicht. Er war am 3. September 1859 in Castres (Südfrankreich) geboren, studierte 1878 bis 1881 Philosophie in Paris, war zwei Jahre lang Lehrer am Lyzeum Abt (Südfrankreich) und wurde 1883 Professor der Philosophie an der Universität zu Toulouse. Er gehörte einer reichen Bourgeoisfamilie an, deren Mitglieder viele hohe Posten bei Staats- und Gemeindeführern bekleideten. Einer seiner Verwandten ist jetzt Admiral in der französischen Flotte. Seiner ganzen Abstammung und Herkunft nach hätte er die besten Chancen gehabt, eine große Karriere als Staatsmann zu machen. Aber die Ideale, die ihn begeisterten, erlaubten ihm nicht, in diesem engen Rahmen zu verbleiben. Jaurès nahm frühzeitig einen lebhaften Anteil am politischen Kampf und wurde 1883 in die Deputiertenkammer gewählt, wo er seinen Platz unter dem linken Zentrumsflügel einnahm. Nach seiner ganzen familiären Traditionen gehörte er zu dieser Gruppe, doch bald ließ ihn seine stürmische Natur erkennen, daß er in dieses bürgerliche Milieu nicht hineinpaßte.

Das Jahr 1893 bildete eine starke sozialistische Delegation in die französische Kammer, unter dieser befanden sich aber viele, die als Sozialisten in unserem Sinne nicht in Betracht kamen. Jaurès mit seiner Verehrbarkeit und seiner guten Kenntnis der sozialistischen Literatur, verschaffte sich bald einen angesehenen Platz in der sozialistischen Gruppe. So wurde er zunächst das Zentrum jener sozialistischen Gruppe, die sich zwar von der Bourgeoisie losgetrennt, aber noch nicht ganz zum Marxismus übergegangen war. Im Jahre 1898 fiel er bei den Wahlen durch und erst von da an begann seine eigentliche Laufbahn als sozialistischer Agitator. Zu jener Zeit war das ganze Frankreich durch die bekannte Dreyfus-Affäre in zwei Lager geteilt. Die Reaktion machte alle Anstrengungen, um die Situation für sich auszunutzen, und Frankreich in die trübsten Zeiten der Religions- und Massenkämpfe zurückzuwerfen, ja selbst die Existenz der Republik war durch sie in Frage gestellt. Mit der ganzen Wucht seines feurigen Temperaments warf sich Jaurès in die Führung der Reaktion.

## Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Leipzig, Volkshaus, Zeltzer Strasse 32, IV.

Herrn  
Deutsche Bucherei  
des E. Sauerwalds der deutschen Buchhändler  
Leipzig  
1  
Juli 1914  
Leipzig

Das ist also der zweite Nord an einem sozialdemokratischen Führer. Im Vorjahr war es der christlichsoziale Anhänger Kunz, welcher den Führer der österreichischen Sozialdemokratie Schumeler in meuchelischer Weise niederstieß. Jaurès ist gefallen, weil er sich mit der Sprache seiner ganzen Person für die Friedensidee begeisterte.

Meine Erinnerungen an Jean Jaurès.  
Im Sommer des Jahres 1907 arbeitete ich in Freiburg (Baden). In diesem Jahre fand bekanntlich der Internationale Sozialistische Kongress in Stuttgart statt, und es ist begrifflich, daß ich als Stuttgarter einen unüberwindlichen Drang in mir hatte, diesen Kongress zu besuchen. Durch Vermittlung meines Bruders war mir eine Einreisestarte zur Eröffnung des Kongresses gesichert und am 17. August 1907 hatten mich keine zehn Pferde gehalten, da war

die Parole: „Auf nach Stuttgart!“ Nie werde ich diese paar Tage vergessen, welche ich unter dem Eindruck des Internationalen Sozialistischen Kongresses erlebte. Bei dem stattgefundenen Massenmeeting auf dem Cannstatter Wasen sprach auf der ersten Tribüne neben Kautsky und Singer Jaurès. Ein stämmiger, kerngesunder Mann. Er spricht französisch und, wie man so zu sagen pflegt, mit den Armen. Auf einmal fängt er an deutsch zu sprechen. Ungeheuren Jubel entflammte Jaurès unter seinen Zuhörern, als er vom Frieden durch eine Verständigung Frankreichs und Deutschlands sprach.

Nur zu kurz war mein Urlaub bemessen, schon am Dienstag mußte ich wieder in Freiburg sein. Es war am 3. September 1907, als ich morgens zur Arbeit ging und unterwegs einem Mann begegnete, der einen stämmigen Arbeiter trug: „Wo ist der Schlossberg?“ Wie ein Blitzstrahl ging es durch mich — das ist Jaurès. „Guten Morgen, Genosse Jaurès!“ Mit freudiger Miene redete mich Jaurès französisch an. Da ich aber keine Ahnung von der französischen Sprache habe, erklärte ich ihm, daß ich ihn auf dem Internationalen Kongress kennen gelernt habe. Jaurès freute sich sehr, einen Genossen vor sich zu haben. Darauf bot ich mich ihm zum Führer an. „Ich bin glücklich!“ rief er aus. Jaurès hatte ein geradezu mächtiges Sprachorgan, er sprach so laut, daß uns alle begehrenden Leute neugierig nachsahen. Wir gingen nach dem Schlossberg; ein herrlicher Berg in allerhöchster Nähe Freiburgs. Untermweg mußte ich ihm meine Meinung resp. Eindrücke über die Sottententennschaften geben. Jaurès war von der herrlichen Aussicht vom Schlossberg nach der idyllisch gelegenen Stadt tief erfaßt.

Vom Schlossberg ging es nach dem Münster; allein man sah es uns wohl an, daß wir nicht zur Arbeit und zur Frühmesse kamen. Es wurde uns unterbreitet, daß die Beschäftigung erst nach der Arbeit stattfinden sollte. Nun liefen wir in der Stadt umher, wobei wir uns in der besten Weise unterhielten. Jaurès drückte mir beim Abschied kräftig die Hand, beugte sich aufs herzlichste und gab mir auf den Weg, ein braver Genosse zu bleiben. Dem will ich nachkommen! Nun ist er tot! Sein Leben hat ein Stürze vernichtet. Er, der so inniglich die Völker zum Frieden gemahnt, wird meuchlings ermordet, und ich — ich muß in den Krieg. W. Sch.

## Bericht des Internationalen Steinarbeitersekretariates

pro 2. Quartal 1914.

(Der deutsche Bericht wurde weggelassen.)

Italien. Dem Bauarbeiterverband gehören zurzeit 38 Steinarbeitersektionen mit 1886 Mitgliedern an.

Aus Carrara werden uns folgende interessante Mitteilungen gemacht: Schon seit einigen Jahren beschäftigen sich hier und in der Umgebung, so speziell in Berstia, die Arbeiter damit, sich einer Altersversicherungskasse anzuschließen zu können. Die Gemeinden haben die Berechtigung der Forderungen der Arbeiter in dieser Hinsicht anerkannt und um Mittel für deren Einführung sich zu verschaffen, haben sie die Marmorbarone zur Abgabe einer Steuer für alles zu veranlassende Material gezwungen. Heute ist diese Bestimmung zum Gesetz geworden und haben alle Gemeinden des ganzen Marmorgebietes das Recht, solche Bestimmungen nach freiem Ermessen zu erlassen. Die betreffenden Einnahmen müssen aber zu Gunsten bejahrter Arbeiter verwendet werden. Die Unternehmer haben wohl ihr möglichstes getan, um dieses Gesetz wieder abzuschaffen, sie haben sich an die Provinzregierung und zuletzt an das Parlament gewendet und weiterten sich, ihre Arbeiter in diese Versicherung anzunehmen. Die dort bestehende Sektion unseres Bruderverbands in Berstia hatte aber schon im Jahre 1902 mit den Unternehmern einen Arbeitsvertrag abgeschlossen, worin die Einführung dieser Versicherung anstandslos war. Sie wandte sich an die Behörde, sich auf den Wortlaut ihrer Abmachung stützend. In jenem Vertrag heißt es nämlich wörtlich: Die Unternehmer bezahlen alljährlich an die Versorgungskasse der Gemeinde von ihren Einnahmen eine Summe, entsprechend der von Carrara den dortigen Unternehmern bezogenen Steuer. Schließlich verpflichtete sich eine Marmorunternehmung dazu, jährlich für ihre 800 Arbeiter pro Mann 30 Frank zu bezahlen. Damit war der Anfang gegeben und die übrigen Firmen mußten wohl oder übel diese Bestimmung ebenfalls anerkennen. So kam schließlich die Altersversicherung zustande; nun aber wollten die Unternehmer darauf dringen, darin Bestimmungen zu treffen, die absolut unmöglich anzuerkennen waren und daß das ganze Projekt wieder zu Boden gebracht hätten. Als auch dieses Vorgehen keine Annahme seitens der Regierung fand, wurden bereits sämtliche älteren Arbeiter auf die Straße gestellt, um diesen den Bezug der Unterstützung zum vorstehen zu verunmöglichen. Nun Obes der Degeneration kein anderer Weg mehr übrig, als zum Streik zu greifen. Im Verlaufe dieses Streiks griffen die

Im allgemeinen befinden wir uns in einer Krisenzeit; ausgenommen in der Porphyrt- und Sandsteinindustrie sind die Verhältnisse drückend.

Seit 1. Januar 1914 sind nunmehr alle Organisationen in Belgien in einem Verbandsverbande zentralisiert. Die Einnahmen in diesem Halbjahre betragen 83 782 Frank; die Ausgaben 73 701 Frank, davon für Streikunterstützung allein 59 109 Frank.

## Korrespondenzen.

Deutsch. Am Sonntag, den 26. Juli, fand in Venedig unsere Monatsversammlung statt. Kollege Schägel gab den Bericht vom 2. Quartal und betonte, daß sich jetzt ein besserer Geschäftsgang bemerkbar mache. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 12 887,61 Mark und eine Ausgabe von 7286,23 Mk. auf, so daß ein Kassenbestand von 5551,38 Mk. verbleibt. In der Debatte zum Bericht kam zum Ausdruck, daß die Bezirksleitung zu rücksichtsvoll gewesen sei mit dem ehemaligen Hilfskassenführer Dürfler. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ferner wurde zu der vorgeschlagenen Beitragsregulierung Stellung genommen. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlag der Bezirksleitung einstimmig einverstanden. Es wird somit in allen Klassen ein Totalbeitrag von 5 Pf. pro Woche erhoben, ausgenommen die 3. Klasse. Eine rege Debatte entspann sich über die neugegründete Distriktskassenkasse. Allgemein kam zum Ausdruck, daß unsere Vertreter die Mitglieder mehr denn bisher über ihre Tätigkeit im Ausschuss und Vorstand unterrichten sollen, damit nicht, wie es vor kurzem vorgekommen ist, sich eine Anzahl Kollegen dazu hergeben können, um mit Positionen vorzugehen, von denen unsere Vertreter nicht unterrichtet sind. Da der Kollege Otto zum Handlungsgehilfenverband übergetreten ist, wurde Kollege August Bedal als Revisor gewählt. Als Vertreter in den Zentralausschuss wurden die Kollegen Joh. Belsler und Jos. Neumüller beauftragt. Ueber die Auslegung des Steinmetztarifs wurde lebhaft debattiert, an verschiedenen praktischen Beispielen wurde gezeigt, wie furios die Bestimmungen des Tarifs durch die Unternehmer aufgefaßt und ausgelegt werden. Positionen, welche gar nicht klarer ausgedrückt werden können, sind in 2. gerade Gegenteil ausgelegt worden. An den Kollegen muß es nun liegen, einer derartigen Auslegung wirksam entgegenzutreten, indem sie jedes Stück nachrechnen. Allgemein kam zum Ausdruck in der Versammlung, daß es künftig notwendig ist, alle diese kritischen Punkte als Material zur nächsten Tarifverhandlung zu sammeln. Der Vorsitzende führte zum Schluss noch an, daß die Vorzugskarten zur Internationalen Buchgewerkeausstellung, 4 Stück 55 Pf., jetzt nicht mehr mit dem Datum des Tages, an welchem sie benutzt werden sollen, gestempelt sein brauchen, sondern daß es dem Inhaber freisteht, an welchem Tage er die Karte benutzen will. Eine derartige Vorzugskarte berechtigt zum Eintritt für zwei Kinder unter 14 Jahren. Wegen einer im ganzen Bezirk vorzunehmenden Hausauflistung soll der Gauaufstellung Mitteilung gemacht werden wegen Beiträge zu den entstehenden Kosten.

Schlesien. Am 24. Juli fand im Saale des Herrn Trautmann in Radeburg eine Steinarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt. Danach betrug die Einnahme 9105,11 Mk., die Ausgabe 3094,18 Mk. Somit bleibt ein Bestand für nächste Quartal von 5710,93 Mk. Die Einnahme der Krankenrückstellungen betrug 2773,75 Mark, die Ausgabe 881,50 Mk. Es bleibt ein Bestand von 1892,25 Mark. Der Mitgliederbestand betrug 743. Wir ersuchen, daß unsere Versammlungen in Zukunft besser besucht werden möchten. Ein Fehler ist es, daß dieselben 7-8 oder vierteljährig stattfinden. Es ist einfach nicht angängig, daß im Versammlungsleben eine solche Blankheit eintritt.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Protokolle vom Dresdner Verbandstag kommen jetzt zum Versand. Der Transport bei früheren Posten geht durch die Expeditionsfirma Albert Meyer, Leipzig, und werden die Empfänger ersucht, die Pakete anzunehmen. Den Paketen liegt der Liefererschein bei.

## Der Abschluß von Tarifverträgen ist eine Aufgabe der Innungen nach § 81 a der G.O.

Dieser Standpunkt hat am 26. Juni 1914 das Königl. Oberlandesgericht zu Dresden in einem Urteil mit Recht vertreten. (S. O. 81/14.)

Es handelt sich hierbei um folgendes: Bei einer Lohnbewegung der Fleischergesellen in Mitleben bei Dresden unterzeichnete ein Fleischmeister den von der Gesellenorganisation eingereichten Tarifvertrag, obwohl die Innung beschloffen hatte, den Tarif nicht zu unterzeichnen. Die Innung forderte sofortigen Austritt vom Tarifvertrag, weil dieses eine sittenwidrige Handlung darstellte. Der Meister erwiderte eine Strafe von 20 Mk. Als auch mit andern Mitteln ausgeschätzte Einwirkung seitens der Innung nicht fruchtete, beschloß die Innung, das Mitglied in einem Geschäftsrat das Publikum von dem Gehalt in Kenntnis zu setzen, erwiderte ein andres Mitglied im r Innung gegen den fraglichen Fleischmeister eine einstweilige Verfügung wegen unlauteren Wettbewerbs.

Verurteilung gegen diese Verfügung wurde vom Dresdner Gericht nicht nur allein abgewiesen, sondern dem einprüchlichen Fleischmeister wurde vom Landgericht noch eine scharfe Verfügung erteilt, weil er seinen Innungsobliegen nicht die Hand habe. Das geschah in geradem vorliegenden Worten, eines Bestehens hervorzuheben. Das Gericht bezeichnete den geschäftlichen Meister, dem alle Mittel zu Gebote stehen. Er habe unsittlich gehandelt und das Ansehen der Innung bes. billig und gerecht denkenden Menschen verletzt. Verurteilung an das Oberlandesgericht brachte jetzt die Aufhebung unverständlichen Urteils. Das oberlandesgerichtliche Urteil in allen Teilen so sachlich und gründlich und von großem Interesse, daß es registriert werden muß. Es beschloß, nächst eingehend mit den Aufgaben der Innungen hinsichtlich der Innungen keine Rede sein kann. Die Innung hätte über weit überschritten, als sie Beschloffen hatte, die in der Innung Freiheit der Mitglieder tief eingegriffen und schwere Folgen nach sich ziehen konnten. Die Innungen sollen sofort, Kampforganisationen gegen die Gesellenverbände, sondern haben nach § 81 a der Gewerbeordnung die Aufrechterhaltung und Stärkung der Innungen unter den Innungsmitgliedern und die Förderung eines gedeihlichen Geschäftsganges zwischen Meister und Gesellen zu erstreben. Darunter fällt auch der Abschluß von Tarifverträgen mit den Gesellenverbänden. Die Satzungen der Innung liegen deshalb solche Beschlüsse gar nicht zu, sie waren daher auch für die Mitglieder unzulässig. Mit diesen Innungen wirklich durch ihre Satzungen derartige Beschlüsse fassen können, dann würden die Vereinigungen zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach § 152 der Gewerbeordnung und stände auch dann jedem Mitglied das Recht des sofortigen Austritts zu. Die einstweilige Verfügung sei daher von vornherein ungeschicklich gewesen und sei aufzuheben. Die Kosten beider Instanzen haben die Kläger zu tragen.

Diese Auffassung des Oberlandesgerichts wird allen jenen Gewerkschaften willkommen sein, die den Tarifgehabten gegen rücksichtlose Innungsorganisationen verteidigen müssen. Dieser lauten die Innungen bei den Aufsichtsbehörden und Gerichten stets ein williges Ohr dafür, daß der Abschluß von Tarifverträgen eine Stärkung des geschäftlichen Verhältnisses nach § 81 a der Gewerbeordnung bedeute. So manchen Abströmungen haben sie damit zur Kasse gebracht. Wir erinnern dabei an die hohen Strafen der Radeburger Verurteilung gegen ihre Mitglieder, die einen Tarif abschloffen. Mit der alten, auf die fleischlichen Interessen der Handwerksmeister zugeschnittenen Auslegung des § 81 a der Gewerbeordnung dürfte es nach dem oberlandesgerichtlichen Urteil vorbei sein, zum Nutzen der Arbeiterbewegung.

## Belgien. Im letzten Quartal hatten wir verschiedene Streiks.

Am 10. April legten in Sprimont die Steinarbeiter die Arbeit nieder, weil die Unternehmer einen Tarif mit Lohnreduktionen einführen wollten. Am 1. Juli war dieser Streik noch nicht beendet. Daran nahmen 1450 Streikende teil. Allerdings hat in der Zwischenzeit ein Teil derselben Beschäftigung als Hilfsarbeiter arbeitslos gefunden. Ein Meister, der mit uns einta geht, hat 50 Mann davon beschäftigt. Leider machen etwa 70 Subjekte aus Deutschland Streikbrecherdienste.

In Givres befinden sich seit 3. März ebenfalls 100 Mann im Streik, Lohnreduktionen verlangend.

In Luenast sind ebenfalls 110 Organisierte seit 21. April im Ausstand, den 10-Stundenarbeit verlangend; auch dieser Streik ist bis heute noch nicht erledigt. Circa 15 Christliche machen hier Streikbrecherdienste.

In Antoino sind 110 Mann im Ausstand, da die Unternehmer Lohnreduktionen einführen wollten.

In Balesles haben auf Grund zweier Mahregelungen ebenfalls sämtliche Organisierten die Arbeit niedergelegt.

Erfolgreich wurde ein Streik in Duxelles beendet; es handelte sich hier um 48 Arbeiter und trat eine Lohnreduktion von 3 Cent. per Stunde ein.

In den Steinbrüchen von Grevisse und Gauxein weigern sich schon seit einigen Monaten unsere Organisierten, mit den Christlichen zusammen zu arbeiten.

## Aufrechterhaltung und Stärkung der Innungen unter den Innungsmitgliedern und die Förderung eines gedeihlichen Geschäftsganges zwischen Meister und Gesellen zu erstreben.

Darunter fällt auch der Abschluß von Tarifverträgen mit den Gesellenverbänden. Die Satzungen der Innung liegen deshalb solche Beschlüsse gar nicht zu, sie waren daher auch für die Mitglieder unzulässig. Mit diesen Innungen wirklich durch ihre Satzungen derartige Beschlüsse fassen können, dann würden die Vereinigungen zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach § 152 der Gewerbeordnung und stände auch dann jedem Mitglied das Recht des sofortigen Austritts zu. Die einstweilige Verfügung sei daher von vornherein ungeschicklich gewesen und sei aufzuheben. Die Kosten beider Instanzen haben die Kläger zu tragen.

Diese Auffassung des Oberlandesgerichts wird allen jenen Gewerkschaften willkommen sein, die den Tarifgehabten gegen rücksichtlose Innungsorganisationen verteidigen müssen. Dieser lauten die Innungen bei den Aufsichtsbehörden und Gerichten stets ein williges Ohr dafür, daß der Abschluß von Tarifverträgen eine Stärkung des geschäftlichen Verhältnisses nach § 81 a der Gewerbeordnung bedeute. So manchen Abströmungen haben sie damit zur Kasse gebracht. Wir erinnern dabei an die hohen Strafen der Radeburger Verurteilung gegen ihre Mitglieder, die einen Tarif abschloffen. Mit der alten, auf die fleischlichen Interessen der Handwerksmeister zugeschnittenen Auslegung des § 81 a der Gewerbeordnung dürfte es nach dem oberlandesgerichtlichen Urteil vorbei sein, zum Nutzen der Arbeiterbewegung.

Nur haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die von ihrer Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen worden sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am härtesten getroffen. Unsere heiligen Wünsche beglücken uns mit den fernen gerechten Brüdern ohne Unterschied der Partei.

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, den in der Angst um ihre Lieben die Sorge um das Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald schreitende verwundete und verstümmelte Kämpfer stellen.

Denen allen beizustehen, ihnen ihr Schicksal zu erleichtern, dies unerlässliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft ist nicht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Mute der Besten des eigenen Volkes befreit hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwenden, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes zu zerstören. Da machen wir mehr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fähigen uns dabei im Einklang mit der Internationalen, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbstständigkeit jederzeit anerkannt hat. Wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungsrieg verurteilen.

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, nach die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Grundrechte mit den Nachbarn ermöglichen. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets vertretener internationaler Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.

Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Weichen vor dem Krieg weichen und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkere Friedens gewinnen wird.

### Von diesen Grundfragen geleitet, bewilligen wir die Kredite.

Die Erklärung des Genossen Haase wurde wiederholt von Beifall und Handclatschen, nicht nur von der Fraktion, für die er sprach, sondern auch von den übrigen Parteien, vom Bundesrat und den Deputierten unterbrochen.

Die kriegerische Welle verdrängt sich nun immer mehr. Nachher deutsche Truppen in Belgien einmarschiert sind, erklärte England an Deutschland den Krieg. Die Begründung ist etwa: Wenn die Selbstständigkeit Belgiens bedroht ist, dann ist die Existenz Polands ebenfalls gefährdet und England in seiner Weltstellung völlig untergraben. Es wird also der Krieg darüber die Entscheidung bringen, wer zukünftig in Westeuropa tonangebend sein wird. Die politische Landkarte wird in Europa völlig umgestaltet werden, die Kolonialreiche in Afrika kommen ins Wanken, in Asien wird manche gewaltige Interessenverschiebung vor sich gehen. — Das sind keine bloßen Kombinationen, sondern die Mächtegruppe, welche liegt, wird dem unterliegenden Teil die Bedingungen diktieren.

Die Sozialdemokratie hat die Kriegskredite bewilligt; so, nun können die Gegner der Partei auf die „vaterlandslosen Gesellen“ weiterkämpfen.

## Arbeit und Kultur.

I.

Die Beschäftigung, der sich heute die meisten Menschen hingeben, ist Lohnarbeit. Nicht immer war dies so. Mit dem Aufstieg der Menschen zu höherer Kultur wurde ihre Lebensweise komplizierter, ihre Betätigung vielseitiger, die Aenderung der Eigentumsverhältnisse hat gleichzeitig die Stellung des Menschen zur Arbeit und dieser einen andern Charakter gegeben. Zuerst bestand die Arbeit jedenfalls nur in einem Sorgen für sich selbst; die unmittelbare Nahrungsbeschaffung, das Suchen nach Genießbarem, die Verteidigung des Lebens war die erste „Arbeit“. Eine weitere Stufe bildet die Zubereitung der Nahrung und eine spätere besteht in der Anlegung von Ernährungsgelegenheiten durch Aussaat von Samen und durch Züchtung und Zucht von Tieren; Beschäftigung und Anfertigung von Kleidung ist mit zur ersten Arbeit zu rechnen. Auf den höheren Stufen hat dann die Arbeit aufgehört, nur ihrem Ausüben allein zu dienen. Sie geht nun schon einem größeren Kreis gekehrt; die Ergebnisse sind so auch die sie hervorbringenden helfen. Der Grund, ein großes Stück Boden an zufruchtender, Herden von Schafen, sie zusammenzuhalten, zu pflegen und zu üben, das Bedürfnis dafür vorhanden sein, meinstame der Arbeit und ihres Ertrags.

Im Wandel der Zeiten bilden richte. Die Selbsttätigkeit schuf den Boden, aber das waren zunächst nur der Sippe und schließlich der ganzen menschlichen Zugehörigkeit und damit Mitanteile am Eigentum, aber auch so blieb es doch nicht immer. Sie lebten voneinander, es kam zur Aneignung von Eigentum. Der Krieg war die Ursache; die Kasse der Kräfte nicht durch Arbeit schuf, sondern Eigentümern vermehrte. Erst einmal gebracht, als durch eigene Arbeit h war, konnte man andre für sich arbeiten, in fremde Gegenden verschleppt, diese lassen im Kriege und bei der Arbeit. Erst opferte man die Unterlegenen dankbar den Göttern, schließlich wurde es aber doch für länger gehalten, ihnen das Leben zu lassen und sie zu Arbeitssklaven zu machen. Der Sklave wurde um so bester, als der Privatbesitz zunahm, er ist gleichzeitig Wirt und Geld, er ist Tauschmittel.

In Europa wurde die Sklaverei durch die Hörigkeit abgelöst, nachdem lange vorher schon neben der freien Arbeit Sklaven bestanden. Es waren freigelassene Sklaven gemeint, die nun die in ihrem früheren Verhältnis erlernten Ränke zum Besten der Menschheit. Der Aneignung von Boden und sonstigen Arbeitsmitteln steht gegenüber die Verarmung. Neue Schichten bildeten sich aus dem Ausgesehen der Reichen,

die nun ihr wirtschaftliches Uebergewicht anwenden, die Besitzlosen und Minderbemittelten zu Dienstleistungen und Abgaben zu zwingen. Längst ist die Genossenschaft der Sippe aufgelöst und an ihre Stelle die Einzelfamilie getreten. Das Verwandtschaftsbündnis hat soziale Funktionen nur in der aus Mann, Weib und direkter Nachkommenschaft gebildeten Familie, zu Brüdern und Schwestern, von Vater und Mutter werden nur noch Beziehungen infolge der Blutsverwandtschaft unterhalten, ein wirtschaftlicher Zusammenhang besteht nicht mehr. In der Einzelfamilie wird aber noch für die Befriedigung der Bedürfnisse produziert. Je nach dem Besitzverhältnis werden fremde Arbeitskräfte, Knechte und Mägde für den Acker, Wald und zur Verrichtung häuslicher Arbeiten mit herangezogen. Zu diesen Arbeiten gehörten noch das Spinnen, Weben, Schneidern, Gerben, Brauen, Baden und vieles andre, wofür heutzutage große Fabriken und Industrien bestehen.

Seinen Beginn nahm das freie Gewerbe nach der Auflösung der Sippegemeinschaft. Es mußte ein Heberflut von bestimmten Gegenständen in der Gemeinschaft hergestellt und ein Bedürfnis nach solchen eingetreten sein, die man im Kreise der Sippe nicht aus irgendwelchen Gründen herzustellen vermochte. So kam es zum Austausch, dem ersten „Außenhandel“. Dieser Außenhandel hatte bei den engen sozialen Grenzen der stammesmäßigen Sippe keine weiten Wege zurückzulegen, er erstreckte sich nicht weiter als von Lagerplatz zu Lagerplatz; wer außerhalb des Stammes stand, galt nicht nur als Fremdling, sondern sehr oft als Feind.

Die Verdichtung der Stämme, die rasche Zunahme der bodenständig gewordenen Bevölkerung bedurfte zum Schutze ihrer Niederlassung des besonderen Schutzes. Alle Wohnstätten boten Schutz vor den Unbilden des Wetters; in ihrer Nebeneinanderhäufung waren sie durch Einfriedungen, Gräben, Wälle und Mauern gegen feindlich gesinnete Eindringlinge verwahrt. Dorthin konnten sich, wenn Gefahr in Sicht war, die Ansassen aus den verstreut liegenden ungeschützten Niederlassungen flüchten. Es entstanden die Städte und damit das kräftige Aufkommen der freien Gewerbe.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Schwere Wirtschaftserlöshörungen.

Die abnorme politische Spannung und Unruhe, die nimmere seit Jahren das gesamte Erwerbsleben Europas in unerträglicher Weise befallt und die in fast regelmäßiger Wiederkehr zu den schwersten Wirtschaftserlöshörungen führt, hat mit dem österreichisch-ungarischen Konflikt wieder einmal einen Höhepunkt erreicht. Diesmal allerdings gleich bis zu ungeahnten Folgen.

Am Sonnabend, den 25. Juli, lief die zweitägige Antwortfrist für Serbien ab, also gerade in bedenklicher Nähe der gefährlichen Ultimatoerledigung. Am Montag mußte man in Wien bereits annehmen, daß die Eifelentwürfe zunächst auf drei Tage geschlossen werde; die Börsen von Budapest, Triest und Prag folgten sofort; nur die österreichisch-ungarischen Getreidebörsen funktionierten weiter. Die Ultimo- und die Präliminarentwürfe sowie die damit zusammenhängenden Geschäftsabwicklungen wurden entsprechend verlegt; das Ganze war schon eine Art Voratorium (Zahlungsstundung) vor dem Kriege. Bei den Wiener Börsen fanden selbst während des Sonntags langdauernde Sitzungen statt, um über das zweckmäßigste Verfahren gegenüber den Börsenverpflichtungen des Kreditpublikums zu beraten. Die Schweizerischen Kantonsbörsen Zürich und Basel blieben am Montag geschlossen. Die Zürcher Börsenkommission entschied sich zu dem gleichen Schritt. Bereits am 25. Juli hatte es Paris zum ersten Mal erlebt, daß der von veräußerten Verkäufern überfüllte Markt für die französische Rente gesperrt werden mußte; zwischen dem 18. und 25. Juli war die dreiprozentige französische Rente zurückgegangen von 82,07 und 78, also um 4,07 Proz., die neue 3/4-prozentige von 91,87 auf 86,15, also um 5,52 Proz. Die Rulisse (der Markt hauptsächlich für die kleineren und weniger gangbaren; nicht im offiziellen Kursblatt notierten Papiere) hörte sehr bald auf zu funktionieren; nur das Parquet setzte seine Tätigkeit fort.

In Berlin kam es zu einem ähnlichen leichten Schritte bisher nicht. Offenbar ließ man sich dabei, nicht ohne Fühlungnahme mit der Regierung, von der Absicht leiten, nach außen hin jede innere Schwäche, so gut es ging, zu verbergen, um der politischen Haltung Deutschlands möglichst Nachdruck zu verleihen. Aber trotz aller Behauptungen und Eingangs der großen Banken konnte man naturgemäß dem schweren Kursrückgang nicht wehren; man konnte nur neuen Zündstoff nach Kräften fernzuhalten suchen. Es beschloß der Börsenvorstand in seiner Montag-Sitzung, „um unnötigen Beunruhigungen möglichst vorzubeugen, von der Vorschrift, bei voraussetzlichen früheren Kursermäßigungen an den Tafeln durch Minuszeichen Kenntnis zu geben, für den Verkauf dieser Woche abzusehen“. Da sich nach den Kursrückgängen auch die Nachschüßler der Spekulantent an die, die Wertpapiere beleihenden Banken regeln, so verkündete man am Montag vormittag nach einer Versammlung der Banken, daß man den Abrechnungen die früheren, noch unangefasteten Kurse zugrunde zu legen gedenke. Die ungewöhnliche Kundgebung lautete

Dabei vergesse man nicht, daß die vorerwähnten seit schon lange dem Kursrückgang im allgemeinen überaus ungünstig gewesen war. Eine Menge Notierungen sind ganz und gar vom Kursmittel verschwunden, weil den Anbietenden gar keine Abnehmer gegenüberstehen würden.

Börsenschließungen in Oesterreich und im Ausland.

Weit über diese Berliner und deutschen Erfahrungen hinaus gingen erklärlicherweise die Kursverheerungen in den nächst beteiligten Ländern, also in erster Linie in Oesterreich-Ungarn, in zweiter Linie in Rußland. Die Wiener Börse war bereits seit dem 28. Juni, dem Tage des Serajewoer Attentats schwer erschüttert. Am 10. Juli hatten, um nur ein paar der bekanntesten Papiere anzuführen, gegen den 27. Juni bereits eingebüßt: die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft (10. Juni 1908 1000 Kronen) 75 Kronen, die Alpine Montanengesellschaft (772,25) 22,25, die Volksbank (574) 81, die Prager Eisenindustrie (2488) 27, die Balkenfabrik (800) 72, Salgo Kohlen (640) 35, die Orientbahn (820) 74, die Buschleirader Bahn (1955) 115, die Staatsbahn (1057,25) 30. Wegen des Börsenschlusses und wegen des Aufstrebens einer offiziellen Kursnotierung sind die jüngsten Verheerungen doch gar nicht zu übersehen. Allein an dem entscheidenden Sonntag, 25. Juli, verloren, gegen den Vortag, nochmals: Drienbahn 22, Staatsbahn 9, Ungarische allgemeine Kreditbank 7, Unionbank 7, Prager Eisenindustrie 17.

Kursverluste, Börsen- und Bankmaßnahmen.

Für Petersburg und Rußland wurde hier vor kurzem ein energisches geschäftliche Kreditüberspannung geschilbert. Kein Wunder, daß man vor allem das Schicksal der Banken sehr schmerzhaft sah. Die Werte der Petersburger Internationalen Handelsbank, als Spekulationspapier einst auch in Berlin sehr beliebt, sanken in einer Woche von 171 auf 131 Proz., die Aktien der Russischen Bank für auswärtigen Handel von 155 auf 119 Proz., und selbst für die russischen Staatsanleihen war eine Entwertung um 6 Proz. nicht auszuweichen. Noch bedenklicher war das abermalige Sinken der russischen Rubel (der russischen Währung im Verhältnis zu den Auslandsgoldwährungen); neben so vielen anderen kritischen Vorgängen hielten diese Erscheinungen der wirtschaftlichen Schwäche die russischen Regierungskreise wohl am meisten von unübersehbaren Abenteuern zurück.

Depositen- und Sparkassen.

Bis in welche Tiefen jedoch die Bevölkerung aufgewühlt wurde, lehrt der „Mun“ (Ansturm) auf die Depositionskassen der Banken und auf die kommunalen Sparkassen, obwohl letzteren nicht die geringste Gefahr droht. Der Berliner Magistrat wandte sich deshalb am Montag, 27. Juli, ausdrücklich beschwichtigend an die Bevölkerung: „Infolge der alarmierenden Nachrichten hat nicht nur eine starke Beunruhigung der Börse stattgefunden, sondern auch bei solchen Gelegenheiten übliche Ansturm auf die städtischen Sparkassen begannen. Den Sparern wurden die von ihnen verlangten Beträge zurückgegeben; auch größere Beträge, die nach den Bestimmungen der Statuten erst nach angemessener Frist hätten gekündigt werden müssen, konnten antandlos ausgezahlt werden. Bei den großen städtischen Mitteln der städtischen Sparkasse liegt Grund zu Besorgnissen überhaupt nicht vor.“ Der Bankrat ersuchte in einem Rundschreiben seine sämtlichen Zweigorganisationen und angeschlossenen Verbände, „in den Kreisen von Gewerbe, Handel und Industrie darauf hinzuwirken, daß die Sachlage mit derjenigen Ruhe und Besonnenheit betrachtet werden möge, welche mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und militärische Verfassung Deutschlands auch bei ähnlichen schweren Ereignissen am Platze sei. Die Leitung des Bankbundes macht insbesondere darauf aufmerksam, daß die unnötige Abhebung von Depositen- und Sparkassengeldern die Lage nur verschärfen würde.“

Langsam sich ein solcher Zustand nicht hinzuziehen. Er muß notwendigerweise in einem Nachlassen der Spannung oder in einer gewaltigen Entscheidung, in einem Biegen oder Brechen, enden. „Mach dich!“ Am 29. Juli hat auch die Berliner Börse die Notierung von Terminkursen in Wertpapieren eingestellt, offenbar in erster Linie, weil das Ausland den noch offenen Markt massenhaft zur Abstoßung von Effekten benutzte. — Inwieweit wird eine denkbare Diskonterhöhung von 4 auf 5 Proz. als wahrscheinlich angesehen. Berlin, im August 1914. Max Schöyvel.

## Der Streikbruch der Christlichen in Hauenberg vor Gericht bestritt.

Am 25. Juli hatte sich der Kollege Weniger von Metten wegen Verletzung des christlichen Sekretärs Bedner vor dem Amtsgericht Degenborf zu verantworten. Der Sachverhalt war folgender: Am Sonntag, den 19. April 1914, sah W. in der Klosterstraße in Metten, unter den anwesenden Kollegen herrschte allgemeine Empörung, weil sie einige Tage vorher erfahren hatten, daß Bedner an die christlich organisierten Arbeiter hier bezahlt hatte und in Hauenberg man der Ansicht war, daß dies ein Mittel zum Zweck war, diese Kollegen zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. W. ging an den Tisch der zwei Ausschussmitglieder der drei Mann starken christlichen Zählstelle Metten und sagte zu diesen: „Gibt ihr (den) gehört, in Hauenberg arbeiten eure Kollegen, weil sie von Bedner ein froh hier erhalten haben.“ Der christliche Vorstand G. rübet, der seit Jahren nicht mehr als Steinmetz arbeitet, antwortete darauf: „Das müßte aber schon ein großes Paß gewesen sein, vielleicht ein Sektolter. Ich werde dies Bedner mitteilen, um einmal zu sehen, ob keine Anzeichen auf Mahrheit beruhen“, was denn auch geschah.

Ein eingeschriebener Brief wurde angenommen. Es nach, worauf die Klage erheben mit seinen Zeugen vertreten durch den Rechtsanwalt den Zeugen Kommerzienrat Büchberg, und dem Kollegen den Rechtsanwalt Büchberg, enden angestrebter Vergleich überordentlich viel daran geben, der zugleich Vorsitzender des erfahren, ob dieser Verband einen Tarif abgeschlossen hat, nämlich unter Beibehaltung Hauenberg nahmen nach Abschluß sofort wieder auf.“

Ausgabe des Zeugen Bedner: „Das ist eine Schwärze, nicht die Verletzung des in der politischen Aktion darauf unter ihm stehen wissen nicht, Gerichtsabschluß lautete aber, als zu sehr interessanten Befolgende Aussagen: „Nachgestellt war, kam der Rechtsanwalt Büchberg ins Bureau und meldete, daß die Hauenberg in Hauenberg zu vermeiden. Ich antwortete ihm, daß ich da allein nicht machen könnte und erst mit Herrn Lindeker in Hauenberg sprechen müßte. Als dieser dann am Telefon seine Zusage machte, wurde für Nachmittag eine Verhandlung mit Herrn Bedner in Hauenberg stattfand. Dort wurde mündlich vereinbart, daß 5 Prozent Zulage zu den gangbaren Arbeiten (Monumente) bezahlt werden soll, und wurde auch in Aussicht gestellt, daß die Preise des Gliebers, auf die Hauenberg nach der Auslieferung erhöht werden sollen. Darauf gab dann Bedner die Erklärung ab, daß es keinen Zweifel geben könne, daß dies die Arbeiter annehmen und die Arbeit gleich wieder aufgenommen wird. Ich habe in Hauenberg nur christliche Arbeiter, Lindeker hatte höchstens vier bis fünf Mann frei organisierte Arbeiter; hätte ich auch freie Arbeiter gehabt, hätte für mich keine Veranlassung bestanden, diesen nicht die gleichen Zulagen zu machen.“

(319 gegen 200), Deutsch-Pommerscher 21 (128,25 gegen 101,25), Gelsenkirchen 17,50 (182,50 gegen 165), Harpener 18,25 (177,25 gegen 150), Kattowitzer 19,50 (211,25 gegen 181,75), Laurahütte 14,50 (147,75 gegen 128,25), Phönix 24,25 (228,25 gegen 214), Rheinische Stahlwerke 17,75 (155,75 gegen 138), Rombacher Hütte 24,50 (153,50 gegen 129) — selbst von Elektrizitätswerten die große N. O. G. 19,50 (240,50 gegen 221), Siemens u. Halske 16,50 (211,50 gegen 195), Schuckert 20,75 (143,25 gegen 122,50) — von unseren überredeten Großbanken die Deutsche Bank 12,50 (235,50 gegen 223), die Diskontogesellschaft 7,75 (163,25 gegen 178,50), die Dresdner Bank 5,50 (148,50 gegen 141), die Darmstädter Bank 4,75 (115,75 gegen 111), die Berliner Handelsgesellschaft 7 (149,50 gegen 142,50) — von Groß- und Kleinbanken die Schaunungsbahn 20 (142,50) — von Groß- und Kleinbanken die Berliner Hochbahn 6 (131 gegen 125), die Große Berliner Straßenbahn 11,25 (147 gegen 135,75).

Die Vernehmung des Kollegen Schwarzmaier wurde durch Gerichtsbeschluss leider abgelehnt, was um so mehr bedauerlich ist, als gerade dieser Zeuge unter Eid hätte erhört werden können, wie die christlichen Arbeitervertreter in Passau ihren Führer einschätzten und wie dadurch der Beschlus zu der Kampagne gelangen konnte, daß bei der ganzen Geschichte besondere Umstände mitgewirkt haben müssen, die den Arbeiter zu der Aufgabe der Arbeit zu bewegen. Als nämlich Beschauer bei den Verhandlungen in Hagenberg durchblicken ließ, auf der Grundlage der Unternehmervorlage verhandeln zu wollen, erklärte seine eigenen Vertreter zu den unteren: „Des abis net, was versteht denn der Kaiser von unserm Tarif, das ist ja bloß a Kaiser, dem mühten ja wir erst alles aufsetzen.“

Nach den Plänen der beiden Vertreter der Tagespartei wurde hierauf folgendes Urteil erlassen: „Der Angeklagte B. wird zu 30 Mk. Geldstrafe eventuell 6 Tagen Haft und den sämtlichen Kosten verurteilt. Außerdem ist das Urteil längstens einen Monat nach Inkraftsetzung im „Steinarbeiter“ und in der „Hilfslichen Arbeiterzeitung“ zu publizieren. Mit dem Ausgang können wir mehr als zufrieden sein, denn die moralische Verurteilung des großen Führers weicht nicht das obere Urteil jechnmal auf.“

Hier uns steht nun fest: Daß der Reichsleiter in der „Arbeiterzeitung“ in Nr. 24 die Unwahrheit schrieb, daß sein Tarif abgelehnt war, als die christlichen Arbeiter in Hagenberg die Arbeit aufnahmen; daß teils sogar nur Erhöhungen im Ausmaß gestellt waren; daß der Kaiser, um für die Keramiker die Streiklosten zu vermeiden, die übrigen Arbeiter fast jeder Anhänger in Ketten und Öfenketten im Stich gelassen hat, und mit seiner Truppe zwei Unternehmern hilfreich beigeprungen ist, während die übrigen Unternehmern dadurch geschädigt wurden. Neuester Kompromittierender für den Kaiser war, daß nun in die Öffentlichkeit drang, daß er nach der neuesten Verhandlung nach Hagenberg zu Herrn Kommerzienrat Kerber fuhr, womöglich sogar ohne Begleitung, und sich dort angeboten hat, bei Angelegenheiten für einen Teil der Arbeiter dem andern in den Rücken zu fallen. Ein Urteil über ein solches Gebaren eines Gewerkschaftsführers überlassen wir den Arbeitern selbst und ihren Vertretern.

Unsere Mitglieder haben den Kampf glänzend durchgeführt. Dadurch ist das Tarifwert gesichert worden: Würde es so Mode werden, wie es in Hagenberg durch die Christlichen geschah, dann würden in der Steinindustrie bald keine Tarife mehr bestehen.

## Jean Jaurès ermordet.

Der große Lebensfreund Jean Jaurès wurde am 1. August in Paris ermordet. Jaurès ist tot — der Weltkrieg ist da! Hat jemals die Weltgeschichte einbringlichere Lehre erteilt? Der Krieg hat Jaurès ermordet, ob, er wird noch viele töten — aber wie richtig hat er sich dieses sein erstes Wort gewährt! Um die Furchen zu entseifen, mußte dieser größte Apostel des Friedensgedankens sterben. In einer Welt, durch die der Brudermord roht, war für ihn kein Platz mehr. Als Märtyrer kommt ein 50jähriger Arbeiter Namens Kullain in Betracht.

Jean Jaurès hat nur ein Alter von 55 Jahren erreicht. Er war am 3. September 1859 in Castres (Südfrankreich) geboren, studierte 1878 bis 1881 Philosophie in Paris, war zwei Jahre lang Lehrer am Gymnasium (Südfrankreich) und wurde 1883 Professor der Philosophie an der Universität zu Toulouse. Er gehörte einer reichen Bourgeoisfamilie an, deren Mitglieder viele hohe Posten bei Staats- und Gemeindebehörden bekleideten. Einer seiner Verwandten ist jetzt Admiral in der französischen Flotte. Seiner ganzen Abstammung und Herkunft nach hätte er die besten Chancen gehabt, eine große Karriere als Staatsmann zu machen. Aber die Ideale, die ihn begeisterten, erlaubten ihm nicht, in diesem engen Rahmen zu verbleiben. Jaurès nahm frühzeitig einen lebhaften Anteil am politischen Kampf und wurde 1885 in die Deputiertenkammer gewählt, wo er seinen Platz unter dem linken Zentrumssitz einnahm. Nach seinen ganzen familiären Traditionen gehörte er zu dieser Gruppe, doch bald ließ ihn seine stürmische Natur erkennen, daß er in dieses bürgerliche Milieu nicht hineingepaßt.

Das Jahr 1893 führte eine starke sozialistische Delegation in die französische Kammer, unter dieser befanden sich aber viele, die als Sozialisten in unserem Sinne nicht in Betracht kamen. Jaurès mit seiner Verehrbarkeit und seiner guten Kenntnis der sozialistischen Literatur, verschaffte sich bald einen angesehenen Platz in der sozialistischen Gruppe. So wurde er zunächst das Zentrum jener sozialistischen Gruppe, die sich zwar von der Bourgeoisie losgetrennt, aber noch nicht ganz zum Sozialismus übergegangen war. Im Jahre 1898 fiel er bei den Wahlen durch und erst von da an begann seine eigentliche Laufbahn als sozialistischer Agitator. Zu jener Zeit war das ganze Frankreich durch die bekannte Dreyfus-Affäre in zwei Lager geteilt. Die Reaktion machte alle Anstrengungen, um die Situation für sich auszunutzen, und Frankreich in die trübsten Zeiten der Religionen- und Klassenkämpfe zurückzuwerfen, ja selbst die Existenz der Republik war durch sie in Frage gestellt. Mit der ganzen Wucht seines feurigen Temperaments warf sich Jaurès in die damaligen politischen Schlachten und wurde bald der Führer der republikanischen Kräfte, die sich bemühten, den Aufsturm der Reaktion zurückzuweisen. Damals veröffentlichte er zahlreiche Artikel, er durchließ das ganze Land und hielt überall große Volksversammlungen ein, in denen er leidenschaftliche Reden hielt, und das Volk zum Kampf gegen die nationalitischen und kirchlichen Parteien aufrief. Schon zu jener Zeit lebte er sein Leben auf Spiel, da ihn die nationalitischen und kirchlichen Parteien mit dem Tode bedrohten. Aber Jaurès war nicht von den Beuten, die ihm durch solche antisemitischen Drohungen von ihrem einmal gesteckten Ziel abzuweichen ließen.

Jaurès konzentrierte seine Hauptkraft auf den ununterbrochenen Kampf gegen den Chauvinismus und den Militarismus. Er gab ein großartiges Buch: Die neue Armee heraus, in dem er das System des stehenden Heeres heftig kritisierte und für die Brauchbarkeit der Miliz eintrat.

Man sagte öfter von Jaurès, daß er die Verkörperung des französischen Genies darstelle. Er war von unterlegter, dreifachfüßiger, kräftiger Gestalt, mit seiner bronzenfarbenen Haut, seinem großen Kopf, der auf einem kräftigen, kurzen Hals fast auf der Schulter saß, mit seinem ganzen Körper erinnerte er an ein Bronzebildnis. Seine Verehrbarkeit war ohne Gleichen, kein Redner konnte sich mit ihm messen. Seine Stimme war gewaltig. Seine Ausdrucksweise war vollendet literarisch und von meisterhafter Stilisierung. Seine Sprache war äußerst bildreich, die Antworten auf die Zwischenrufe seiner Gegner erfolgten prompt und mit einer Schlagfertigkeit, die jeden Zuhörer in Erstaunen versetzte. Der Eindruck seiner Rede war so überwältigend, daß selbst Leute, die nicht seine Anschauungen teilten, von seiner geradezu enthusiastischen Begeisterung hingerissen wurden. Selbst im Parlament, wo doch sicherlich nicht leicht zu überzeugende Männer sitzen, erntete er stets, auch von seinen Gegnern, stürmischen Beifall. Als er einmal über die traurige Lage der Weiber in Nordfrankreich sprach, erhoben sich die Mitglieder der Kammer von der äußersten Linken bis zu den Rechtsreaktionären und brachen in spontane Beifallsstürmen aus.

Er war nicht nur ein hervorragender Redner, sondern gleichzeitig ein großer Gelehrter und talentvoller Publizist. Die Internationale wird nie vergessen, was Jaurès für sie gewesen.

Das ist also der zweite Wurf an einem sozialdemokratischen Führer. Im Vorjahr war es der christlichsoziale Anhänger Kunze, welcher den Führer der österreichischen Sozialdemokratie Schumeler in mehrheitlicher Weise niederstieß. Jaurès ist gefallen, weil er sich mit der Fingabe seiner ganzen Person für die Friedensidee begeisterte.

## Meine Erinnerungen an Jean Jaurès.

Im Sommer des Jahres 1907 arbeitete ich in Freiburg (Baden). In diesem Jahre fand bekanntlich der Internationale Sozialistische Kongress in Stuttgart statt, und es ist begreiflich, daß ich als Stuttgarter einen unbeschätzbaren Drang in mir hatte, diesen Kongress zu besuchen. Durch Vermittlung meines Bruders war mir eine Eintrittskarte zur Eröffnung des Kongresses gesichert und am 17. August 1907 hätten mich keine zehn Pferde gehalten, da war

die Parole: „Auf nach Stuttgart!“ Nie werde ich diese paar Tage vergessen, welche ich unter dem Eindruck des Internationalen Sozialistischen Kongresses erlebte. Bei dem stattgefundenen Massenmeeting auf dem Cannstatter Wald sprach auf der ersten Tribüne neben Kunze und Singer Jaurès. Ein kammiger, kerngesunder Mann. Er sprach französisch und, wie man so zu sagen pflegt, mit dem Armen. Auf einmal fing er an deutsch zu sprechen. Ungeheuren Jubel entflammte Jaurès unter seinen Zuhörern, als er vom Frieden durch eine Verständigung Frankreichs und Deutschlands sprach.

Nur zu kurz war mein Urlaub bemessen. Schon am Dienstag mußte ich wieder in Freiburg sein. Es war am 3. September 1907, als ich morgens zur Arbeit ging und unterwegs einem Mann begegnete, der einen sächsischen Arbeiter fragte: „Wo ist der Schlossberg?“ Wie ein Blitzstrahl ging es durch mich — das ist Jaurès. „Guten Morgen, Genosse Jaurès!“ Mit freudiger Miene rebete mich Jaurès französisch an. Da ich aber keine Ahnung von der französischen Sprache habe, erklärte ich ihm, daß ich ihn auf dem Internationalen Kongress kennen gelernt habe. Jaurès freute sich sehr, einen Genossen vor sich zu haben. Darauf bot ich mich ihm zum Führer an. „Ich bin glücklich!“ rief er aus. Jaurès hatte ein geradezu mächtiges Sprachorgan, er sprach so laut, daß uns alle beglückenden Leute neugierig nachsahen. Wir gingen nach dem Schlossberg; ein herrlicher Berg in allerhöchster Nähe Freiburgs. Unterwegs mußte ich ihm meine Meinung resp. Eindrücke über die Potentatentwahlen geben. Jaurès war von der herrlichen Aussicht vom Schlossberg nach der idyllisch gelegenen Stadt tief erfaßt.

Vom Schlossberg ging nach dem Münster; allein man sah es uns wohl an, daß wir nicht zur Anbahn oder Frühmesse kamen. Es wurde uns unterbreitet, daß die Besichtigung erst nach der Anbahn statthalt sei. Nun ließen wir in der Stadt umher, wobei wir uns in der besten Weise unterhielten. Jaurès drückte mir beim Abschied kräftig die Hand, bedankte sich aufs herzlichste und gab mir auf den Weg, ein braver Genosse zu bleiben. Dem will ich nachkommen! Nun ist er tot! Sein Leben hat ein Schurke vernichtet. Er, der so inniglich die Völker zum Frieden gemahnt, wird menschenfressend ermordet, und ich — ich muß in den Krieg. W. Sch.

## Bericht des Internationalen Steinarbeitersekretariates

pro 2. Quartal 1914.

L

(Der deutsche Bericht wurde weggelassen.)

Italien. Dem Bauarbeiterverband gehören zurzeit 36 Steinarbeitersektionen mit 1886 Mitgliedern an.

Aus Carrara werden uns folgende interessante Mitteilungen gemacht: Schon seit einigen Jahren beschäftigten sich hier und in der Umgebung, so speziell in Versilia, die Arbeiter damit, sich einer Altersversicherungskasse anschließen zu können. Die Gemeinden haben die Bewehrung der Forderungen der Arbeiter in dieser Hinsicht anerkannt und um Mittel für deren Einführung sich zu verschaffen, haben sie die Marmorbarone zur Abgabe einer Steuer für alles zu veranlassende Material gezwungen. Heute ist diese Bestimmung zum Gesetz geworden und haben alle Gemeinden des ganzen Marmorgebietes das Recht, solche Bestimmungen nach freiem Ermessen zu erlassen. Die betreffenden Einnahmen müssen aber zu jenen besagten Alterskassen verwendet werden. Die Unternehmer haben wohl ihr Möglichstes getan, um dieses Gesetz wieder abzuschaffen, sie haben sich an die Provinzregierung und zuletzt an das Parlament gewendet und weigerten sich, ihre Arbeiter in diese Versicherung anzunehmen. Die dort bestehende Sektion unseres Bruderverbands in Versilia hatte aber schon im Jahre 1902 mit den Unternehmern einen Arbeitsvertrag abgeschlossen, worin die Einführung dieser Versicherung zugesprochen war. Sie wandte sich an die Behörde, sich auf den Wortlaut ihrer Abmachung stützend. In jenem Vertrag heißt es nämlich wörtlich: Die Unternehmer bezahlen alljährlich an die Versorgungsstelle der Gemeinde von ihren Einnahmen eine Summe, entsprechend der von Carrara den dortigen Unternehmern bezogenen Steuer. Schließlich verpflichtete sich eine Marmorunternehmung dazu, jährlich für ihre 800 Arbeiter pro Mann 80 Frank zu bezahlen. Damit war der Anfang gegeben und die übrigen Firmen mußten wohl oder übel diese Bestimmung ebenfalls anerkennen. So kam schließlich die Altersversicherung zustande; nun aber wollten die Unternehmer darauf dringen, darin Bestimmungen zu treffen, die absolut unmöglich anzuerkennen waren und daß das ganze Projekt wieder zu Boden gebracht hätte. Als auch dieses Vorhaben keine Annahme seitens der Regierung fand, wurden bereits sämtliche älteren Arbeiter auf die Straße gestellt, um diesen den Bezug der Unterstützung zum vornehmen zu verunmöglichen. Nun blieb der Organisation kein anderer Weg mehr übrig, als zum Streik zu greifen. Im Verlaufe dieses Streiks griffen die Behörden ein und kam in Carrarvegia ein Projekt zustande, welches den über 55 Jahre alten Arbeitern eine Pension von 200 Frank pro Jahr festsetzt, sich bis 580 Frank pro Jahr erhöhend. Einzelne Firmen gingen endlich auf die Sache ein und unterzeichneten den diesbezüglichen Arbeitsvertrag, bei den übrigen Firmen ging der Streik weiter. Leider hatten sich in diesen Bewegungen einige Heiberden zwischen den zentralisierten und den autonomen Vereinen eingeschlichen, speziell die letzteren wollten sich nicht zu einer gemeinsamen erfolgsversprechenden Taktik herbeilassen und wollten absolut immer an ihrer Generalstreikfesthalten. Sie wollten diejenigen Arbeiter, circa 11 000, die bereits nach dem neuen Vertrag beschäftigt waren, zwingen, die Arbeiter wieder niederzulassen. Unserm Zentralverband gelang es, dies zu verhindern und dadurch aber auch binnen kurzem eine allgemeine Anerkennung des bereits abgeschlossenen Arbeitsvertrages durchzusetzen.

Am 14. Juni kam dann zwischen sämtlichen Unternehmern und den Arbeiterorganisationen folgende Vereinbarung zustande und wurde seitens der Unternehmer unterzeichnet:

Die Marmorindustriellen verpflichteten sich, ihre Arbeiter gemäß dem entworfenen Altersversicherungsprojekt, von den Firmen Salvo und Senzavere bereits anerkannt, zu versichern und die in jenem Projekt festgesetzten Beiträge einzusammeln. Die Beitragssätze bleiben solange in Kraft bestehen, bis eine allgemeine Steuer auf die Marmorindustrie festgesetzt ist.

Nach 14tägigem Kampfe wurde dieser Streik mit einem für die Arbeiter gewiß nicht zu unterschätzenden Vorteil abgeschlossen.

Belgien. Im letzten Quartal hatten wir verschiedene Streiks. Am 10. April legten in Sprimont die Steinarbeiter die Arbeit nieder, weil die Unternehmer einen Tarif mit Lohnreduktionen einführen wollten. Am 1. Juli war dieser Streik noch nicht beendet. Daran nehmen 1360 Streikende teil. Allerdings hat in der Zwischenzeit ein Teil derselben Beschäftigung als Hilfsarbeiter arbeitslos gefunden. Ein Meister, der mit uns einig geht, hat 50 Mann davon beschäftigt. Leider machen etwa 70 Subjekte aus Deutschland Streikbrecherdienste.

In Givès befinden sich seit 8. März ebenfalls 100 Mann im Streik. Lohnreduktionen verlangend.

In Cuernak sind ebenfalls 110 Organisierte seit 21. April im Ausstand, den 10-Stundenlohn verlangend; auch dieser Streik ist bis heute noch nicht erledigt. Etwa 15 Christliche machen hier Streikbrecherdienste.

In Antonia sind 110 Mann im Ausstand, da die Unternehmer Lohnreduktionen einführen wollten.

In Pafles haben auf Grund zweier Mahregelungen ebenfalls sämtliche Organisierten die Arbeit niedergelegt.

Schweiz wurde ein Streik in Bruxelles beendet; es handelte sich hier um 48 Arbeiter und trat eine Lohnerhöhung von 3 Cent per Stunde ein.

In den Steinbrüchen von Grevise und Gaurain weigern sich schon seit einigen Monaten unsere Organisierten, mit den Christlichen zusammen zu arbeiten.

Im allgemeinen befinden wir uns in einer Krisenzeit; ausgenommen in der Porphyrt- und Sandsteinindustrie sind die Verhältnisse drückend.

Seit 1. Januar 1914 sind nunmehr alle Organisationen in Belgien in einem Verbande zentralisiert. Die Einnahmen in diesem Halbjahre betrugen 63 782 Frank; die Ausgaben 73 701 Frank, davon für Streikunterstützung allein 59 109 Frank.

## Korrespondenzen.

Deutsch. Am Sonntag, den 26. Juli, fand in Benda unsere Monatsversammlung statt. Kollege Schlegel gab den Bericht vom 2. Quartal und betonte, daß sich jetzt ein besserer Geschäftsgang bemerkbar mache. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 12 887,61 Mark und eine Ausgabe von 7288,23 Mk. auf, so daß ein Kassenbestand von 5551,38 Mk. verbleibt. In der Debatte zum Bericht kam zum Ausdruck, daß die Bezirksleitung zu rückwärts sein gewesen sei mit dem ehemaligen Hilfskassierer Döfler. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ferner wurde zu der vorgenommenen Beitragsregulierung Stellung genommen. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlag der Bezirksleitung einstimmig einverstanden. Es wird somit in allen Klassen ein Lokalarbeit von 5 Wk. pro Woche erhoben, ausgenommen die 5. Klasse. Eine rege Debatte entspann sich über die neugegründete Ortskassenliste. Allgemein kam zum Ausdruck, daß unsere Vertreter die Mitglieder mehr denn bisher über ihre Tätigkeit in Ausmaß und Vorstand unterrichten sollen, damit nicht, wie es vor kurzem vorgekommen ist, sich eine Anzahl Kollegen dazu hergeben können, um mit Petitionen vorzugehen, von denen unsere Vertreter nicht unterrichtet sind. Da der Kollege Otto zum Handlungsgehilfenverband übergetreten ist, wurde Kollege August Bedal als Revisor gewählt. Als Vertreter in den Zentralausschuss wurden die Kollegen Joh. Kaiser und Hof. Neumüller bestätigt. Über die Auslegung des Statutenartikels wurde lebhaft debattiert, an verschiedenen praktischen Beispielen wurde gezeigt, wie kurz die Bestimmungen des Statuts durch die Unternehmer ausgelegt und ausgelegt werden. Postiv, welche gar nicht klar ausgedrückt werden können, sind in der gerade Gegenteil ausgelegt worden. An den Kollegen muß es nun liegen, einer derartigen Auslegung wirksam entgegenzutreten, indem sie jedes Stück nachrechnen. Allgemein kam zum Ausdruck in der Versammlung, daß es künftig notwendig ist, alle diese strittigen Punkte als Material zur nächsten Tarifverhandlung zu sammeln. Der Vorstehende führte zum Schluß noch an, daß die Vorzugsarten zur Internationalen Buchgewerbeanstaltung, 4 Cent 5 Wk., sehr nicht mehr mit dem Datum des Tages, an welchem sie benutzt werden sollen, gestempelt sein brauchen, sondern daß es dem Inhaber freisteht, an welchem Tage er die Karte benutzen will. Eine derartige Vorzugskarte berechtigt zum Eintritt für zwei Kinder unter 14 Jahren. Wegen einer im ganzen Bezirk vorgeschriebenen Kassensatzung soll der Kassierer Mitteilung gemacht werden wegen Beihilfe zu den entstehenden Kosten.

Schlesien (Schlesien). Am 24. Juli fand im Saale des Herrn Trautmann in Tschoborn eine Steinarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt. Danach betrug die Einnahme 9105,11 Mk., die Ausgabe 8993,28 Mk. Somit bleibt ein Bestand fürs nächste Quartal von 5171,98 Mk. Die Einnahme der Kassenzuschüsse betrug 2773,75 Mark, die Ausgabe 881,50 Mk. Es bleibt ein Bestand von 1992,25 Mark. Der Mitgliederbestand betrug 743. Wir ersuchen, daß unsere Versammlungen in Zukunft besser besucht werden möchten. Ein Fehler ist es, daß dieselben bloß aller Vierteljahre stattfinden. Es ist einfach nicht angängig, daß im Versammlungswesen eine solche Stille eintritt.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Protokolle vom Dresdner Verbandstag kommen jetzt zum Versand. Der Transport bei größeren Posten geht durch die Expeditionsfirma, Albert Meyer, Leipzig, und werden die Empfänger ersucht, die Pakete anzunehmen. Den Paketen liegt der Lieferchein bei.

## Der Abschluß von Tarifverträgen ist eine Aufgabe der Innungen nach § 81 a der G.O.

Dieses Standpunkt hat am 26. Juni 1914 das königliche Oberlandesgericht zu Dresden in einem Urteil mit Recht vertreten. (S. O. 81/14.)

Es handelt sich hierbei um folgendes: Bei einer Lohnbewegung der Fleischerzweigen in Magdeburg der Dresden unterzeichnete ein Fleischermeister den von der Gesellenorganisation eingereichten Tarifvertrag, obwohl die Innung beschloffen hatte, den Tarif nicht zu unterschreiben. Die Innung forderte sofortigen Rücktritt vom Tarifvertrag, weil dieses eine sittenwidrige Handlung darstelle, und verhängte über den Meister eine Strafe von 20 Mk. Als die auch noch mit anderen Mitteln ausgeschaltete Einwirkung seitens der Innung bei dem fraglichen Mitglied nichts fruchtete, dasselbe dagegen noch in einem Geschäftsinstitut das Publikum von dem Tarifabschluß in Kenntnis setzte, erwirkte ein anderes Mitglied im Auftrag der Innung gegen den fraglichen Fleischermeister eine einstweilige Verfügung wegen unlauteren Wettbewerbs.

Die Berufung gegen diese Verfügung wurde vom Dresdner Landgericht nicht nur allein abgewiesen, sondern dem einspruchserhebenden Fleischermeister wurde vom Landgericht noch eine scharfe Durchweisung erteilt, weil er seinen Innungscollegen nicht die Treue gehalten habe. Das geschah in geradezu orwellischen Worten, die allgemeines Befremden hervorriefen. Das Gericht bezeichnete ihn als einen geschäftlichen Freibeuter, dem alle Mittel genehm seien. Er habe unfittlich gehandelt und das Antifaschismusgesetz des billig und gerecht denkenden Menschen verletzt.

Die Berufung an das Oberlandesgericht brachte jetzt die Aufhebung dieses unverständlichen Urteils. Das oberlandesgerichtliche Urteil ist in allen Teilen so sachlich und gründlich und von großem allgemeinen Interesse, daß es registriert werden muß. Es beschäftigt sich zunächst eingehend mit den Aufgaben der Innungen hinsichtlich der Lohnkämpfe. Das Urteil legt klar, daß von einem Streik gegen die guten Sitten keine Rede sein kann. Die Innung habe ihre Aufgaben weit überschritten, als sie Beschlüsse faßte, die in die persönliche Freiheit der Mitglieder tief eingegriffen und schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen konnten. Die Innungen seien nicht befugt, Kampforganisationen gegen die Gesellenverbände einzurichten, sondern haben nach § 81 a der Gewerbeordnung die Aufrechterhaltung und Stärkung der Standescharte unter den Innungsmitgliedern und die Förderung eines getrieblichen Verhaltens zwischen Meister und Gesellen zu erstreben. Darunter fällt auch der Abschluß von Tarifverträgen mit den Gesellenverbänden. Die Satzungen der Innung liegen deshalb solche Beschlüsse gar nicht zu, sie waren daher auch für die Mitglieder unvollständig. Würden die Innungen wirklich durch ihre Satzungen derartige Beschlüsse fassen können, dann würden sie Vereinigungen zur Erzielung gewaltiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach § 152 der Gewerbeordnung und stände auch dann jedem Mitglied das Recht des sofortigen Rücktritts zu. Die einstweilige Verfügung sei daher von vornherein unangemessen gewesen und sei aufzuheben. Die Kosten beider Instanzen haben die Kläger zu tragen.

Diese Auffassung des Oberlandesgerichts wird allen jenen Gewerkschaften willkommen sein, die den Tarifgeheimnissen gegenüber die Innungen als die Aufsichtsbahnen und Gerichte nicht einwilliges Ohr dafür, daß der Abschluß von Tarifverträgen eine Stärkung des gewerblichen Verhältnisses nach § 81 a der Gewerbeordnung bedeute. So manchen Abirrungen haben sie damit zur Rüge gebracht. Wir erinnern dabei an die hohen Strafen der Magdeburger Baderinnung gegen ihre Mitglieder, die einen Tarif abschloffen. Mit der alten, auf die kleinlichen Interessen der Handwerksmeister ausgerichteten Auslegung des § 81 der Gewerbeordnung dürfte es nach dem oberlandesgerichtlichen Urteil vorbei sein, zum Nutzen der Arbeiterbewegung.

# Familienunterstützung im Kriege.

Die Familienunterstützung der Mannschaften, die von der Mobilmachung betroffen sind, wird folgendermaßen geregelt:

1. Die Familien der zu den mobilen Truppenteilen einberufenen Mannschaften der Reserve, Landwehr, Ersatzreserve, Seewehr und des Landsturms sowie derjenigen Mannschaften, welche zur Disposition der Truppen- (Marine-) Teile beurlaubt sind und derjenigen, welche das wehrpflichtige Alter überschritten haben und freiwillig in den Dienst eintreten, erhalten im Falle ihrer Bedürftigkeit Unterstützungen nach näherer Bestimmung des Gesetzes vom 28. Februar 1888.

2. Anspruch auf diese Unterstützungen haben im Falle der Bedürftigkeit

- a) die Ehefrau des Eingetretenen und dessen eheliche und den ehelichen gesetzlich gleichstehende (legitimierte) Kinder unter 15 Jahren, sowie
- b) dessen Kinder über 15 Jahre, Verwandte in aufsteigender Linie (Eltern, Großeltern des Eingetretenen) und Geschwister, insofern sie von ihm unterhalten wurden oder das Unterhaltungsbedürfnis erst nach erfolgtem Diensttritt desselben hervorgerufen ist.

Unter gleichen Voraussetzungen wie bei b kann den Verwandten der Ehefrau in aufsteigender Linie (Schwiegereltern) und ihren Kindern aus früherer Ehe eine Unterstützung ausbezahlt werden.

Enfermten Verwandten und geschiedenen Ehefrauen steht keinerlei Unterstützungsanspruch zu. Uneheliche Kinder des Eingetretenen erhalten ebenfalls keine Unterstützung aus Reichsmitteln, unter gewissen Umständen aber eine solche aus Gemeindemitteln.

# Uchung, Krankenkassenmitglieder!

Bei der durch den Krieg eintretenden Arbeitslosigkeit seien die Mitglieder der Krankenkassen besonders darauf hingewiesen, im Falle der Arbeitslosigkeit ihre

Anmeldung zur freiwilligen Mitgliedschaft in den Krankenkassen nicht zu veräumen.

Die Anmeldung zur Weiterführung der Mitgliedschaft bei der Krankenkasse hat bald zu erfolgen. Es empfiehlt sich aber, die Anmeldung schon in der ersten Woche der eingetretenen Arbeitslosigkeit zu vollziehen, da sonst bei in dieser Zeit eintretender Krankheit die Leistungen der Krankenkasse niedriger sind.

Auch für die zur Fahne eingezogenen Mitglieder empfiehlt es sich dringend, die Mitgliedschaft freiwillig fortzusetzen, um den Familien die fernere Unterstützung zu sichern. Sie können sich in die niedrigste Klasse melden, damit sie keine so hohen Beiträge zu zahlen haben. Zur Anmeldung ist nicht nur das Mitglied selbst berechtigt, sondern auch seine Ehefrau oder ein anderes Familienmitglied, oder auch sein bisheriger Unternehmer.

Unsere Kollegen tun gut, wenn es sich irgend möglich machen läßt, daß sie von diesen Bestimmungen Gebrauch machen.

# Rundschau.

## Eine Aktion zur Arbeitsvermittlung auf dem Lande mit Unterstützung der Gewerkschaften.

In der gegenwärtigen Situation leidet die Landwirtschaft unter großem Mangel an Arbeitskräften. Viele in Territorien beschäftigten ausländischen Landarbeiter sind in ihre Heimat zurückgekehrt worden.

Die Ernte steht reif auf dem Felde. Die Einbringung der Ernte ist nicht allein für die Landwirtschaft eine dringende Frage, sondern die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung eine hungersnot im Gefolge haben. Dies zu vermeiden, liegt im Interesse auch der Arbeiterklasse.

In dieser außerordentlich kritischen Lage, in der sich die Landwirtschaft befindet, hat das Reichsamt des Innern, anscheinend im Einverständnis mit den übrigen Bundesstaaten, Schritte eingeleitet, um die in der Industrie frei gewordenen Arbeitskräfte für die Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Es ist beabsichtigt, auch eventuell die Frauen und Kinder der im Felde Stehenden für diese Arbeiten heranzuziehen. Das Reichsamt des Innern hat zu diesem Zwecke mit den Gewerkschaften verhandelt.

Die Generalkommission hat durch ihre Vertreter bei dieser Verhandlung erklären lassen, daß sie diese Aktion unterstützt. Im gleichen Sinne hat auch eine am Sonntagvormittag tagende Konferenz der Vorstände der deutschen Gewerkschaften beschlossen. Bei der Erörterung im Reichsamt des Innern ist von Vertretern der Generalkommission erklärt worden, daß dieses Unternehmen nur Aussicht auf sichern Erfolg hat, wenn durch einen Normalvertrag die Löhne festgesetzt und die Arbeiter nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung gestellt werden. Die Arbeitsvermittlung ist so gebildet, daß die rein mechanische Vermittlung durch die öffentlichen Arbeitsnachweise erfolgt, daß die Vermittlung aber nur dann geschieht, wenn der Landwirt die im Normalvertrag festgesetzten Löhne und Arbeitsbedingungen anerkennt. Bei der Annahme und Uebernahme der Arbeiter nach dem Lande werden Funktionäre der Gewerkschaften, die die Arbeitsvermittlung leiten, diesen mit Rat und Tat zur Seite stehen und dauernd auch mit ihnen in Verbindung bleiben, um die bestimmten Löhne und Arbeitsbedingungen zu überwachen.

## Abgeschobene deutsche Streikbrecher.

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Zaandam (Holland) hat von Deutschland kommende Streikbrecher nicht zugelassen, weil sie nicht im Besitz von Pässen oder Heimatszeugnissen waren. Die 40 Ausgewanderten brachen im holländischen Grenzort Enschede die Nacht auf der Volkswache zu und wurden am nächsten Morgen nach dem nächsten deutschen Grenzort transportiert. Die Zaandamer warren dort auf sie, um sie über Amsterdam wieder nach Zaandam zurückzuführen. Jetzt sind die 40 Streikbrecher zum zweitenmal angedrungen und nach Hamburg zurückgebracht worden. Der Streikbrecherexperte Dörrer aus Blankenese war selbst nach dort gekommen, um zu verhindern, den Aufenthalt seiner Getreuen ohne Heimatszeugnisse zu bewirken. Er kam aber keinen Erfolg. Der deutsche Konsul weigerte sich, ihn zu empfangen. Dieser Fall zeigt wiederum, was es heißt, wenn sich die Arbeiter eine vernünftige Solidarität leisten können. In anderen Städten wären die deutschen Streikbrecher sofort mit dem bekannten Wohlwollen empfangen worden.

Schreiben des Landesarbeitsrats verlegt. Der Zentralverband des Schindlerverbandes befragt, in Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse des für den 10. August und folgende Tage nach Nürnberg einberufenen Verbandstages auf unbestimmte Zeit zu verzagen.

Die Oberwälder wollen nicht. Der Verband der Granit-Steinmetzen (Die Arbeiter) hielt kürzlich in Köln seine Hauptversammlung ab. Zur Beratung stand auch die Tariffrage. Als Referent fungierte Herr John-Berned. Er sprach dafür, daß für die Tarifangelegenheiten ein einheitlicher Tarif über ganz Deutsch-

land zustande kommen soll. Gegen diese vernünftige Meinung traten die Schleifereibesitzer des Odenwalds auf. Herr Römer aus Reichensbach (Odenwald) erklärte im Namen seiner Kollegen, daß für sie ein Reichstarif nicht in Frage kommen könne. Im Odenwald liegen die Unternehmer an ihren seitlichen Lohnverhältnissen absolut nicht rütteln. Herr Georg Böhringer unterstützte diese Darstellungen auf das äußerste. Wir sehen also, daß die Unternehmer im Odenwald alles daran setzen, damit für die Schleifereibetriebe ein Reichstarif nicht zustande kommt. Allerdings muß auch gesagt werden, daß unsere Kollegen in Bensheim, Elmshausen und Umgebung einen großen Teil schuldig haben, wenn die Herren Römer und Böhringer so reden können. Es muß gesagt werden, die Kollegen in den Schleifereien des Odenwalds haben dem Verband die Treue nicht so gehalten, als wie es notwendig gewesen wäre. Die Kollegen glauben immer den schönen Worten der Unternehmer, und wo diese nicht zogen, wurde der schärfste Terrorismus ausgeübt. Es muß deshalb Aufgabe der Lokal- und Bauverwaltungen sein, alles daran zu setzen, um in normalen Zeiten dort die Kollegen für den Verband zu gewinnen zu versuchen. Wären die Leute vorzeitig organisiert, dann würde es den genannten Herren aber schnellstens vergehen, daß sie gegen die tarifliche Bindung der Arbeitslöhne so wettern können. Leider liegen sich bisher die Kollegen von den Herren einfallen und sie letzten der Verbandszugehörigkeit immer wieder den größten Widerstand entgegen.

# Unwirksamer Arbeiterschutz.

Auf Grund des § 857 der Reichsversicherungsordnung haben in diesem Jahre Vertreter der versicherten Arbeiter zum erstenmal an den Beratungen über die Jahresberichte der technischen Aufsichtsbeamten der gewerblichen Berufsgenossenschaften teilgenommen, so auch an einer Sitzung der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft, die in Hannover stattgefunden hat. Dort mußten die Arbeitervertreter zu ihrem Erscheinen aus dem Bericht entnehmen, daß eine große Kaffeeabrik, die bekannte Firma A. S. Langnese Wwe. u. Co., Hamburg, auf Grund des § 880 der Reichsversicherungsordnung (Beschränkung der Verletzung von Betriebsgeheimnissen) den sämtlichen zuständigen und auf ihren Dienst vereidigten technischen Aufsichtsbeamten den Zutritt zu den Betriebsräumen verweigert hat. Die Firma läßt ohne weitere nähere Angabe von Gründen die technischen Aufsichtsbeamten, die zum Teil jahrelang bei der Berufsgenossenschaft tätig sind, einfach nicht in den Betrieb hinein. Befürchtung der Verletzung von Betriebsgeheimnissen durch die vereidigten und in allen Verleihen tätigen Aufsichtsbeamten scheidet aber natürlich vollständig aus. Es bleibt lediglich als wahrer Grund der Ablehnung der Beamten die der Firma anscheinend unangenehme Kontrolle durch die technischen Aufsichtsbeamten übrig.

Die Berufsgenossenschaft glaubte aber um so mehr, eine Revision des Langnese'schen Betriebs vornehmen zu müssen, als in dem Betriebe wiederholt Unfälle, darunter ein schwerer an einer Zeltwalze, vorgekommen waren. Ein in der Fabrik beschäftigter und erheblich verunglückter Arbeiter hatte sich unter Angabe seines Namens an die Berufsgenossenschaft schriftlich gewendet und um Abstellung der gefährlichen Betriebszustände gebeten. Der amtliche Jahresbericht der technischen Aufsichtsbeamten sagte nun in der Angelegenheit, daß die Berufsgenossenschaft gegen das Gebaren der Firma Beschwerde beim Reichsversicherungsamt eingeleitet habe, das aber noch keine Entscheidung gefällt habe. Es interessiert natürlich sehr zu erfahren, ob eine solche Entscheidung nunmehr eingegangen und ob überhaupt das Reichsversicherungsamt eine baldige Entscheidung erwidert worden ist.

Die ganze Angelegenheit ist ohne Zweifel nicht nur für die Arbeiter dieses Betriebs und für die Nahrungsmittelarbeiter, sondern für die Arbeiter aller Industrien von außerordentlicher Bedeutung. Denn wenn es der Firma Langnese gestattet sein soll, sich der Aufsicht durch die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft zu entziehen, kann mit denselben Rechte jeder andre Betriebsunternehmer ohne Anführung von Gründen den § 880 für sich in Anspruch nehmen. Wenn jeder Betriebsunternehmer ohne weiteres das Recht für sich in Anspruch nehmen könnte, wegen Befürchtung von Verletzung seiner Betriebsgeheimnisse seine Fabrik den Aufsichtsbeamten zu verschließen, dann würde die ganze Unfallversicherung in der Luft hängen und es könnte vom gesetzlich vorgeschriebenen Arbeiterschutz und seiner Durchführung überhaupt keine Rede mehr sein. Was sagt also das Reichsversicherungsamt zu der Angelegenheit?

# Der Geschäftsbericht der Volksfürsorge

findet in der der Volksfürsorge gegnerischen Fach- und Tagespresse eine ganz einseitige, tendenziöse Beurteilung, die vielfach in der unwahren Behauptung gipfelt, die Volksfürsorge habe im ersten Geschäftsjahre mit einer Unterbilanz von über 1/4 Million Mark abgeschlossen. Am schloffensten und verlogensten treiben ein gewisse Zentrumsblätter, von deren Redakteuren sich natürlich kein einziger die Mühe genommen hat, den Geschäftsbericht anzusehen. Alle diese Besprechungen sind wie die des Berliner Tageblattes und des Archivs für die Versicherungswissenschaften auf eine Quelle zurückzuführen, auf eine Korrespondenz, „Volkswirtschaftliche Schriften“ genannt, die ein Georg Dornio in Berlin herausgibt. Diese Kritik ist die tendenziöse Entstellung eines sicher interessierten Gegners, dem es nicht um eine objektive Kritik, sondern um die Verächtlichmachung der Volksfürsorge zu tun war. Das geht daraus hervor, daß er behauptet, die Volksfürsorge wende eine ungewöhnliche Bilanzmethode an, indem sie „gestundete Prämien“ und „Prämienüberträge“ einstelle. Der Verfasser weiß selbstverständlich, daß alle Gesellschaften, deren Tarife auf Jahresprämien berechnet sind, so die „Victoria“, „Friedrich-Wilhelm“ ujm., in der gleichen Weise die im Abchlußjahre noch nicht gezahlten, aber schuldigen Prämien einstellen, dafür aber auch die für diese

Selt zu berechnende Prämienreserve, mit der Bezeichnung „Prämienüberträge“, berechnen. Er weiß auch, daß seine Behauptung, die Volksfürsorge habe zu Unrecht den Organisationsfonds in Anspruch genommen und daraus einen nicht vorhandenen Gewinn konstruiert, eine irreführende Täuschung ist. Es ist eine gewöhnliche und allgemein übliche Praxis, daß eine Versicherungsgesellschaft ihre ganzen großen Vorbereitungs- und Einrichtungskosten nicht reiflos den in den ersten sechs Monaten sich Versicherenden aufbürdet, sondern diese Kosten auf mehrere Jahre verteilt und zu diesem Zweck den Organisationsfonds in Anspruch nimmt. Selbstverständliche Vorsichtsmaßnahmen im Interesse der Versicherten werden hier zu Unregelmäßigkeiten gestempelt.

Und solche Unregelmäßigkeiten finden Nachbeter — weil es gegen die verhasste Volksfürsorge geht! Daß die Deutsche Volksversicherung A.-G. 100 000 Mark ihres Organisationsfonds verbraucht hat und den Versicherten keinen Gewinn zuführt, das finden die gleichen Leute in bester Ordnung!

Die Volksfürsorge kam im ersten halben Jahr ihres Betriebs schon an die dritte Stelle der sämtlichen deutschen Volksversicherungsgesellschaften. Mehr Versicherungen schlossen im ganzen Jahr die „Victoria“ und die „Friedrich-Wilhelm“ ab. Dann schlossen die „Jubna“ im ganzen Jahre 99 430 und die „Deutschland“ 78 389 Versicherungen ab, während die Volksfürsorge in nicht ganz sechs Monaten schon 70 401 Policen ausstellte. Darauf folgt erst die „Wilhelma“, die im ganzen Jahre zusammen nur 69 664 Versicherungen abschloß. Für das erste Jahr ist das sicher ein gutes Resultat; es muß und kann aber so gearbeitet werden, daß in kurzer Zeit die Volksfürsorge auch in bezug auf die Zahl der abgeschlossenen Versicherungen an der Spitze marschiert — denn das ist es, was es zumeist, die bei den beiden größten Gesellschaften sich heute versichern. Den Steinarbeitern, welche eine Versicherung abschließen wollen, können wir nur empfehlen, sich bei der Volksfürsorge eine Police zu nehmen.

# An die Ortsverwaltungen!

Die Verbandsleitung hat den Ortsverwaltungen unserer Zahlstellen in den ersten Tagen dieser Woche ein Zirkular zugehen lassen. Dasselbe gibt Anweisungen, auf welche Weise die durch die Mobilmachung eingetretenen Störungen in den Zahlstellen beseitigt werden können. Wir ersuchen, daß die Ortsverwaltungen das Zirkular eingehend studieren. In demselben ist auch das Nähere über die Auszahlung der Unterstützungen gesagt. Die Bücher und Interimsarten der Eingezogenen sind an den Verbandsvorstand einzusenden. — Wir erwarten, daß in den Zahlstellenverwaltungen die durch die Mobilisierung entstandenen Schäden unverzüglich ausgefüllt werden.

# Allgemeine Bekanntmachungen.

Versammlungen im 2. Gau betreffend. In den Zahlstellen Ströbel, Strehlen, Altlandsdorf, Ober-Weißau, Häßlich, Raasbort und Königshain waren für die übernächste Woche Agitationsversammlungen vorgesehen, in denen Kollege Alois Staubinger, Leipzig, referieren sollte. Wegen der eingetretenen Wirren finden nun die Versammlungen nicht statt.

Die Verbandsleitung. J. A.: G. Steininger. Neusalza. Der Steinmetz Jos. Fußhina aus Pödersam (Böhmen) soll sofort seine Adresse angeben. Alois Dirnberger, Neusalza (Sachsen).

# Adressen-Änderungen.

Alle (Erzgebirge). Infolge der hierretirierten Mobilisierung mußte unser Kassierer Gebhard einrücken; die Kassengeschäfte besorgen einstweilen der Vorsitzende Martin Bachmann, Bismarckstr. 169. — Die Reiseunterstützung wird im Bruch Weiskorn I ausgezahlt. Königshain. Kass.: Richard Berge, Schulplatz 4. Dasselbe werden auch die Schlußarbeiten abgegeben. Langenauheim. Vorf. u. Kass.: Karl Böhner, Hauptstraße. Wittweiba. Vorf.: Max Hausmann, Chemnitzer Straße 86. Kass.: Rudolf Mülling, Am Stadtpark 11. Solnhofen (Mittelfrankl.). Vorf.: Hans Kägelein, Solnhofen Nr. 44. Kass.: Heinrich Schwieger, Solnhofen Nr. 109B.

# Versammlungskalender.

## Mitglieder-Versammlung

Aus: 6. August, nachm. 3 Uhr, in Bismarckstr., im Gasth. d. Ströbel.

## Briefkasten.

Redaktionshaus 20216. Ueber ein solches Verfahren sind wir nicht unterrichtet.

An die Zeitungsbereiter! Wir ersuchen um genaue Angabe, wie hoch die Zahl der noch zu liefernden „Steinarbeiter“-Exemplare sein muß. Auf der Karte kann dann gleich vermerkt werden, wieviel Kollegen von der Mobilisierung betroffen wurden. Auf diese Weise erhalten wir dann schnellstens einen Ueberblick, wieviel Kollegen unter die Fahnen gerufen wurden.

# Anzeigen

**Otto Diesel** & **Gelenau (Erzgebirge)**  
 Mechanische Strickerei.  
 Fabrikation aller gestrickter Unterkleidung  
 für Erwachsene und Kinder.  
 Spezialität: Steinmetzhemden & Sweaters  
 Aermelwesten u. Hosen für Herren und Damen.  
 Auch zu haben beim Koll. Gorlitz, Striegau (Schles.).  
 Machen besonders auf Qualität und Preise aufmerksam.

**Schürzen**  
 Handschärzen, 100 und 115 cm  
 breit, Schürzenhosen in allen Breiten,  
 Jacken, Leder- und Wadlinschürzen  
 in eigener Anfertigung  
 empfiehlt preiswert  
**Emil Keidel** Spezial-Geschäft  
 in Berufskleidung  
 Eigene Anfertigung.  
 Hamburg 6, Bartelsstrasse 93.

**Pflastersteinhauer**  
 für die Betriebe bei Seobach und Kändler gesucht. Bezahlung  
 nach Tarif. Vereinigte Granitwerke Seobach u. Kändler  
 Gebr. Thiele.

Nach Schweden — Dauernde Arbeit, hoher Verdienst!  
 2 tüchtige Hand- und Maschinenschleifer  
 werden sofort eingestellt.  
 Granitaktienbolaget E. A. Kullgrens Enka  
 Uddewalla.

**Gestorben.**  
 (Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntniss (eingelassen) werden.)  
 In Goldberg am 27. Juli der Bafalarbeiter Angelo  
 Simon, 28 Jahre alt, durch einen mörderischen Ueberfall.  
 In Leipzig am 15. Juli der Sandsteinmetz Robert  
 Böring, 53 Jahre alt, an Lungenentzündung.  
 In Eutritz am 25. Juli der Hilfsarbeiter Fritz Plapper,  
 42 Jahre alt, an Tuberkulose.  
 In Nürnberg am 25. Juli der Sandsteinmetz Alfred  
 Perold, 47 Jahre alt, an Tuberkulose.  
 In Striegau am 20. Juli der Dreher Paul Simon,  
 31 Jahre alt, an Siphilis.  
 Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.  
 Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
 Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.